Bezirksverband der GEW · 60313 Frankfurt · Bleichstraße 38a

D 6402 F
Postvertriebsstück · Gebühr bezahlt

FLZ Nr.2-2021
Jahrgang 42
Juni 2021

FLZ

ZEITUNG FÜR KOLLEGINNEN UND KOLLEGEN IM SOZIAL-, ERZIEHUNGS- UND BILDUNGSBEREICH

Personalratswahlen in schwierigen Zeiten

Zuallererst das Wichtigste: Wir danken allen Wahlvorständen, die unter hohem persönlichen Einsatz ermöglicht haben, dass die Personalratswahlen stattfinden konnten!

Wir danken auch allen Wählerinnen und Wählern, die uns ihre Stimme gegeben haben, sodass die GEW deutliche Gewinnerin der Personalratswahlen geworden ist.

Hier freut uns auch, dass die GEW in allen 15 hessischen Gesamtpersonalräten an den Staatlichen Schulämtern die Mehrheit erhalten hat.

Wir gratulieren auch allen örtlichen Personalräten, die jetzt gewählt worden sind. Dies bedeutet aber auch, Verantwortung für die weitere Arbeit der Personalräte zu haben. Wir wollen diese gerne annehmen und uns in diesem Zusammenhang auch weiterhin gemeinsam mit den örtlichen Personalräten dafür einsetzen, die Situation für die Beschäftigten an den Frankfurter Bildungseinrichtungen zu verbessern.

Auch in der kommenden Amtsperiode wollen wir als Gewerkschaft die Personalräte bei ihrer Arbeit vor Ort unterstützen. Deshalb wollen wir zusätzlich zu den Personalräteschulungen auch noch andere Angebote entwickeln und erproben. Falls ihr Ideen habt, lasst sie uns wissen.

Wenn es nicht gelungen ist, vor Ort einen Personalrat zu wählen, unterstützen wir gerne dabei, eine nachträgliche Wahl zu organisieren.

In diesem Sinne: Auf gute Zusammenarbeit!

Laura Preusker
Sebastian Guttmann

GEW gewinnt Personalratswahlen an Frankfurter Schulen deutlich!

Im Bereich der Schulen setzte sich die GEW erneut mit großer Mehrheit durch. Bei der Wahl für den Gesamtpersonalrat wurden bei den Beamtinnen und Beamten 75,45% (-2,95%), bei den Angestellten 75,94% (-2,78%) erzielt. Somit stellt die GEW 17 von 23 Gesamtpersonalratsmitgliedern.

Die Ergebnisse für den Hauptpersonalrat waren niedriger, dennoch war auch hier die GEW in Frankfurt deutlich die stärkste Kraft (Beamtinnen und Beamte 67,07%, Angestellte 65,46%). Hessenweit erzielte die GEW bei den Hauptpersonalratswahlen 61,1% bei den Beamtinnen und Beamten und 63,3% bei den Angestellten. Unter den 14 gewählten GEW-Mitgliedern des Hauptpersonalrats sind drei Frankfurter Kandidatinnen, auch die erste Nachrückerin ist eine Frankfurter Kandidatin.

Die Wahlen an den Schulen fanden unter schwierigen Bedingungen statt. Neben den Einrichtungsschließungen aufgrund der „Bundesnotbremse“ fanden an den Gymnasialen Oberstufen zeitgleich Abiturprüfungen statt, und auch die Post funktionierte nicht so zuverlässig wie sonst. Insofern ist auch die Wahlbeteiligung von knapp über 60% zwar niedrig, aber durchaus nachvollziehbar. Es ist dem großem Engagement der ehrenamtlichen Wahlvorstände zu verdanken, dass die Wahlen überhaupt stattfinden konnten.

Auch in anderen Bildungseinrichtungen fanden Personalratswahlen statt, bei denen die GEW angetreten ist. Informationen zu den Personalratswahlen an den städtischen Kindertagesstätten finden sich in dieser FLZ auf Seite 11, über die Wahlen an den Hochschulen kann man sich auf www.gew-hessen.de informieren.

Forderungen der GEW an die zukünftige Stadtregierung

Für eine Schulpolitik im Sinne der Schulen

Aus Sicht der GEW müssen alle Chancen, die sich bieten, um die Situation an Schulen und auch an anderen Bildungseinrichtungen zu verbessern, genutzt werden. Dafür braucht es nicht nur gute Konzepte und Ideen, sondern auch eine gesicherte Finanzierung. Es geht uns hier um die generelle Ausrichtung der Frankfurter Bildungspolitik, weshalb wir weitgehend auf die Schilderung von Einzelbeispielen verzichten.

Forderungen der GEW an die zukünftige Stadtregierung – für eine Schulpolitik im Sinne der Schulen

Aus Sicht der GEW müssen alle Chancen, die sich bieten, um die Situation an Schulen und auch an anderen Bildungseinrichtungen zu verbessern, genutzt werden. Dafür braucht es nicht nur gute Konzepte und Ideen, sondern auch eine gesicherte Finanzierung. Es geht uns hier um die generelle Ausrichtung der Frankfurter Bildungspolitik, weshalb wir weitgehend auf die Schilderung von Einzelbeispielen verzichten.

1. Sanierungsstau abbauen

Viele Schulen befinden sich in einem schlechten baulichen Zustand. Stand 2014 wurde ein Sanierungsstau von circa eine Milliarde Euro geschätzt. Durch verschiedene Maßnahmen wurde zwar der weitere Anstieg wahrscheinlich gebremst, aber der Trend eben nicht umgekehrt. Insofern ist davon auszugehen, dass es sich inzwischen um eine noch höhere Summe handelt.

Die Sanierungen müssen deutlich schneller gehen (in manchen Fällen dauert es schon über 20 Jahre!!!); hierfür braucht es neben schnelleren Planungsabläufen auch zusätzliches Personal (beispielsweise beim ABI) und die Sicherstellung ausreichender finanzieller Mittel.

Abstimmungsprozesse müssen weiter verbessert, der Aktionsplan Schule weiter fortgeschrieben und ausgeweitet werden, sodass der bestehende Sanierungsstau abgebaut werden kann.

2. Neubau von Schulen

Beim Neubau von Schulgebäuden (und auch bei „provisorischen" Unterbringungen) soll darauf geachtet werden, dass grundlegende Bedingungen für gelingenden Unterricht/gelingendes Lernen, berücksichtigt werden. Damit ist eine angemessene Beteiligung der Schulgemeinde gemeint, aber auch eine ausreichende Zahl und Größe von Räumen. Hierbei geht es nicht nur um Klassen- und Differenzierungsräume, sondern auch um Ruhe-/Pausenräume sowie auch angemessene Arbeitsplätze für das Personal.

Nach wie vor erhalten wir viele Beschwerden aus Schulen, die in Passivhausbauweise errichtet wurden. Es ist dringend notwendig, diese ernst zu nehmen und Neubauten zukünftig so zu gestalten, dass sowohl Energieeffizienz als auch gutes Arbeiten/Lernen in diesen möglich ist.

3. Verbesserung und Nachhaltigkeit bei Essen und Hygiene

Gerade in der Pandemie hat sich gezeigt, wie wichtig eine konstant arbeitende Reinigung ist. Die Erfahrungen mit Präsenzputzkräften sind hier durchweg positiv. Wir fordern, diese nicht nur beizubehalten, sondern kontinuierlich auszuweiten. Arbeits- und Gesundheitsschutz muss in allen Bildungseinrichtungen vorrangig gestaltet werden! Hierfür müssen neben der Reinigung auch weitere grundlegende Bedingungen geschaffen werden (Raumluftfilter, ausreichend Wasseranschlüsse, …).

Auch beim Essen gibt es viel zu verbessern. Ausgewogenheit bei der Ernährung und die Berücksichtigung der Regionalität lassen sich nach unserer Auffassung am besten im Rahmen einer Rekommunalisierung der Essensversorgung erreichen. Denn anstatt in komplexen Ausschreibungen Biostandards, Regionalität und Tariftreue erreichen zu wollen, kann dies die Stadt auch selbst in die Hand nehmen und dann auf genau diese Kriterien achten.

4. Digitalisierung

Sowohl die IT-Ausstattung als auch die Internetanbindung von Schulen müssen deutlich und vor allem unverzüglich, unter Beachtung von Sicherheit und Datenschutz, verbessert werden. Dabei muss auf die praktische Umsetzung vor Ort geachtet werden. Was nützen Geräte, wenn sie nicht einsetzbar sind? Aus diesem Grund ist auch die Administration und technische Unterstützung durch geeignetes zusätzliches Personal, das schnell vor Ort ist, zu gewährleisten. Im Idealfall wäre das eine Person pro Schule.

5. Zusätzliches Personal ist notwendig – Gute Arbeit ist wichtig

Die oben beschriebenen Maßnahmen sind auch mit einem Mehr an städtischem Personal verbunden – wir glauben, dass sich das lohnt. Derzeit gibt es viele Aufgaben an Schulen, die teilweise outgesourct sind (Essen, Reinigung) oder nebenbei von anderen mitgemacht werden (IT-Support durch Lehrkräfte) oder nur verzögert stattfinden (Ausschreibungen, Sanierungsplanung). Insgesamt führt dies zu einer Verschlechterung der Qualität von Bildungseinrichtungen. Dies gilt es zu beheben. Es würde nicht nur die Arbeitsbelastung vermindern, sondern auch an einigen Stellen prekäre Beschäftigungsverhältnisse durch bessere ersetzen.

Da sich auch viele Schulen in Frankfurt besonderen sozialen Herausforderungen stellen müssen, halten wir eine Ausweitung der Jugendhilfetätigkeit an den Schulen für unumgänglich.

6. Notwendigkeit der Finanzierung

Um die beschriebenen, inhaltlich sinnvollen Maßnahmen umzusetzen wird Geld benötigt. Seit Jahrzehnten ist der Bildungsbereich in dieser Hinsicht unterversorgt. Dies zu ändern, ist eine große Herausforderung für jede zukünftige Stadtregierung. Klar ist jedenfalls, dass man hier mit Einsparungen nicht weiterkommt, sondern zusätzliches Geld benötigt wird. Wir haben uns immer dafür ausgesprochen, die Gewerbesteuerkürzung seit 2007 zurückzunehmen, wodurch wieder mehr finanzielle Spielräume entstehen würden. Allein die Senkung des Gewerbesteuerhebesatzes hat die Stadt seit 2007 bis 2019 fast zwei Milliarden Euro an Einnahmen gekostet. In den Jahren 2018 und 2019 bewegte sich die Gewerbesteuer um die zwei Milliarden-Marke. Das machte für die beiden Jahre einen Einnahmeverzicht in Höhe einer Viertelmilliarde für die Stadt aus. Von diesem Verzicht allein in 2018/19 hätte man 26 Schulen sanieren oder sechs neue Schulen bauen oder über 3.000 ErzieherInnen einstellen können.

Zur Erinnerung: Die Gewerbesteuer ist eine Gewinnsteuer und wird nur von denen gezahlt, die Gewinne ausweisen!

Laura Preusker und Sebastian Guttmann

Pressemitteilung 8. Mai 2021

Für eine progressive Mehrheit

Frankfurt ist eine Stadt, in der viele Herausforderungen gelöst werden müssen. Verkehrswende, Energieeinsparung, bezahlbare Mieten und der immer noch bestehende Sanierungsstau in den Bildungseinrichtungen sind Problemfelder, die dringend bearbeitet und gelöst werden müssen. Hierfür braucht es gute Konzepte, eine politische Mehrheit, die deren Umsetzung mitträgt und, wenn man die Dimension der anzugehenden Projekte bedenkt, auch eine dauerhaft gesicherte und ausreichende Finanzierung.

Mit einer CDU, die laut ihrem Wahlprogramm eine Senkung der Gewerbesteuer anstrebt, sowie beispielsweise in den Bereichen „bezahlbarer Wohnraum" und Verkehr eher für den Erhalt des Bestehenden eintritt als für eine Lösung der Probleme, wird dies aus Sicht des GEW-Bezirksverbands Frankfurt nicht möglich sein.

Es ist Zeit für einen Aufbruch in Frankfurt! Es gibt die Möglichkeit zu Koalitionen, die diesen inhaltlichen Aufbruch ermöglichen. Dafür braucht es natürlich den Mut und den Willen, die von den Wählern herbeigeführten Möglichkeiten für eine solche Koalition zu nutzen. Wir hoffen, im Sinne einer guten Politik für Frankfurt, dass beides vorhanden ist.

Laura Preusker und Sebastian Guttmann
Pressemitteilung des Vorsitzendenteams zu möglichen Koalitionen nach der Kommunalwahl vom 26. März 2021

Wenigstens wird es in Frankfurt nicht langweilig….

Kommentar zum Koalitionsvertrag für Frankfurt am Main

Gemessen an unseren während der Koalitionsverhandlungen formulierten Forderungen ist der Koalitionsvertrag kein Grund, den Kopf hängen zu lassen.

So sind das zügige und entschiedene Angehen von Schulsanierungen und schnelleres Errichten neuer Schulen ein zentraler Teil im bildungspolitischen Teil. Und auch die Neuzuschneidung der Dezernate, durch die Bildung und Bauen (hier insbesondere des ABI) in eine Hand kommen, kann hier hilfreich sein.

An vielen Stellen könnte es eine Beschleunigung brauchen, schon lange warten viele Schulen auf notwendige Sanierungen – beispielsweise die Ernst-Reuter-Schule II. Allein erscheinen uns auch die avisierten 150 Millionen Euro pro Jahr immer noch zu wenig, um den Sanierungsstau zu beenden.

Im vorletzten Jahr 2019 waren es nach Angaben des Dezernenten Schneider, CDU immerhin 160 Millionen Euro. Und selbst damit wurden die zur Verfügung stehenden Mittel, die bis dahin ungenutzt aufgelaufen waren, nur zu 60 Prozent genutzt. Was wiederum an nicht besetzten Planungsstellen liegt.

Und wenn die Zahlen stimmen, die Bildungsdezernentin Weber im September 2020 veröffentlicht hat, dass 2,5 Milliarden Euro für Neubau und Sanierung der Schulen benötigt werden, dann würde es mit den im Koalitionsvertrag festgelegten Mitteln fast 17 Jahre dauern, bis die Probleme abgearbeitet wären.

Von daher ist es nicht zu verstehen, dass statt über eine Rücknahme der Verminderung des Gewerbesteuerhebesatzes von 2007 nachzudenken, sogar die Prüfung einer weiteren Senkung vereinbart wurde – wohl aus Rücksicht auf die FDP.

Und dann lehnte der Parteitag der FDP die Vorlage für den Koalitionsvertrag ab. Egal wie man das bewerten möchte, so bietet dies doch auch für die anderen Koalitionsparteien eine neue Chance – mit anderen Partnern wäre ja durchaus eine andere Finanzplanung möglich.

Man muss es nur wollen...

Sebastian Guttmann

Aktionsprogramm für die hessische GEW 2021–2024

Der GEW-Bezirksverband Frankfurt sieht gegenwärtig den größten Handlungsbedarf auf den folgenden Gebieten:

1. Offensive Schritte gegen die massive Mehrarbeit / Umsetzung der Ergebnisse der Arbeitszeit- und -belastungsstudie

Dazu hat der Landesvorstand am 29. Oktober 2020 bereits den unten stehenden Beschluss gefasst.– Die Auswirkungen der Corona-Krise müssen einbezogen werden, und die neu gewählten Personalräte benötigen über Schulungen entsprechende Instrumente, mit denen sie sich an den Bildungseinrichtungen für die Interessen der KollegInnen einsetzen können.

Auch gilt es, Äußerungen wie der des Chefs der Bundesärztekammer entgegenzutreten.*

Arbeitszeit- und -belastungsstudie zum Gegenstand von Verhandlungen machen

Die Landesvorsitzenden werden versuchen, mit der Landesregierung in einen Dialog über den Umgang mit den Ergebnissen der Studie zu treten und sich hier für die Erreichung der Ziele einsetzen.

Dazu fordert der Landesvorstand die Einsetzung einer Expert*innenkommission nach niedersächsischem Vorbild zur Auswertung der Arbeitszeitstudie und zur Erarbeitung von weitergehenden Empfehlungen an die Landesregierung und den Landtag.

Kurzfristige Ziele sind dabei:
Das Arbeitszeit-Soll der hessischen Lehrkräfte liegt um durchschnittlich eine Zeitstunde pro Woche über dem der Lehrkräfte im Bundesdurchschnitt und deutlich über dem OECD-Durchschnitt. Das Arbeitszeit-Soll der hessischen Lehrkräfte ist an die tarifliche Wochenarbeitszeit anzupassen (Rückkehr zur 40-Stunden-Woche). Daraus ergibt sich für alle Lehrkräfte bis zur Vollendung des 60. Lebensjahres eine Reduzierung der Unterrichtsverpflichtung um 0,5 Pflichtstunden.

1. Reduzierung der Unterrichtsverpflichtung nach Vollendung des 65.Lebensjahrs um zwei Deputatstunden in der Systematik von § 9 der Pflichtstundenverordnung.
2. Keine neuen Aufgaben ohne Abschätzung der Folgen und ohne verbindliche Regelungen zur Entlastung in Zeit.
3. Angemessene Entlastung zur Korrektur der Abschlussarbeiten und Prüfungen.
4. Zuweisung einer Entlastungsstunde für Klassenleitungstätigkeit (pro Klasse).
5. Die Studie bestätigt die überproportionale zeitliche Belastung von Teilzeitbeschäftigten. Das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 16. Juli 2015 muss auch vom Land Hessen umgesetzt werden: Danach muss eine überproportionale Heranziehung zu außerunterrichtlichen Dienstpflichten durch eine Reduzierung der anteiligen Pflichtstundenzahl ausgeglichen werden.
6. Die Arbeitszeitstudie belegt eine deutliche Überschreitung der Sollarbeitszeit insbesondere bei den Lehrkräften, die in überdurchschnittlichem Umfang außerunterrichtliche Aufgaben bzw. Funktionsaufgaben übernehmen. Dies muss durch eine deutliche Erhöhung des Schuldeputats ausgeglichen werden. Dies wurde von der Landesregierung mehrfach angekündigt, aber nie umgesetzt. Über die Höhe und den Modus muss gesondert diskutiert werden.
7. Keine Anordnung von Mehrarbeit, solange Kolleg*innen nicht normenkonform nachgewiesen werden kann, dass sie dadurch nicht über die maximale Arbeitszeit von 48 Stunden nach Arbeitszeitgesetz kommen.
8. Verpflichtende transparente Dokumentation der Unterrichtsverpflichtung, des Unterrichtseinsatzes, der Bilanzierung und des Ausgleichs nach § 17 Abs.4 der Dienstordnung durch die Schulleitung zu Beginn jeden Schulhalbjahrs.

Mittelfristige Ziele:
1. Die in der Arbeitszeitstudie nachgewiesene hohe Zahl von Lehrkräften aller Schulformen, die Mehrarbeit gegenüber der aktuellen Sollarbeitszeit leisten, begründet eine weitere Reduzierung der Pflichtstundenzahl für alle Lehrämter um eine weitere Pflichtstunde.
2. Unterstützung von Schulen mit besonderen Herausforderungen durch Erhöhung von Sozialindex, UBUS, verstärkte Sprachförderungsangebote, u. ä.
3. Ausreichende Ausstattung der Schulträger, um Schulen von Verwaltungstätigkeiten und IT-Support zu entlasten.

Langfristige Ziele:
1. Schrittweise Reduzierung der Klassengrößen auf maximal 20 Schüler*innen
2. Senkung der Unterrichtsverpflichtung auf 20 Pflichtstunden für alle Lehrkräfte
3. Erhöhung der Schulsozialarbeit an Schulen mit besonderer Herausforderungen

Diese Aufstellung ist nicht abschließend und bedarf einer ständigen Überprüfung und gegebenenfalls Erweiterung. Es gibt darüber hinaus noch weitere Forderungen, deren dringend notwendige Umsetzung durch die Studie weitere Argumente bekommen hat. Diese betreffen aber einzelne Schulformen wie beispielsweise: A13 für Grundschullehrkräfte oder mit Stundenentlastung hinterlegte Koordinationszeiten. Fach- und Personengruppen können weiter überlegen, was sich aus den Ergebnissen für ihre Bereiche ergibt.

Beschluss des Landesvorstands vom 29. Oktober 2020

2. Wachsende Defizite in der Lehrereinstellung müssen dringend angegangen werden:

Wenn die Politik so weitergeht, haben wir immer weniger Lehrer und können Klassenteilungen, inklusive LehrerInnen-Teams und Arbeitszeitreduzierung schon allein deshalb nicht durchsetzen. Das Problem ist nicht neu. Bereits im August 2019 hat die GEW-Hessen in einer Pressekonferenz Alarm geschlagen. Das HKM musste dazu gezwungen werden, das Problem überhaupt zuzugeben. Warum? Das Desinteresse der herrschenden Politik ist krasser, als die Öffentlichkeit annimmt! Politik behilft sich mit Notlösungen (massenweise StudentInnen als Hilfslehrer, GymnasiallehrerInnen an Grundschulen u.ä.). Selbst ein Mangel an Grundschullehrkräften führt nicht zu einer besseren Bezahlung.

Die GEW muss diese Vernachlässigung nachhaltig in die Öffentlichkeit tragen und zusammen mit den LehrerInnenausbildungssektoren der Hochschulen zügig Konzepte für eine Behebung des Notstands ausarbeiten. Auch Reformüberlegungen in Richtung ein-phasige Ausbildung gehören dazu, ebenso unsere Überlegungen für eine inklusive LehrerInnenausbildung.

3. Bildungsfinanzierung – 500-Millionen-Programm und mehr

Wer denkt, dass Geld keine Rolle spielt, weil das Land Hessen im Juli ein kreditfinanziertes „Sondervermögen“ von 12 Milliarden Euro bis 2023 (mit 30-jähriger Tilgung) beschlossen hat, irrt.

Denn vorrangig wird die private Wirtschaft mit 1,2 Mrd, Euro bedacht. Und das Bildungswesen soll möglichst wenig kosten.

Hier haben wir aber schon gute Vorarbeit geleistet, und mit dem 500-Millionen-Programm oder auch unseren Forderungen zur kommunalen Infrastruktur gute Grundlagen, werden aber gegenwärtig überrollt, ja überwältigt von einer Katastrophenpolitik und damit einhergehend von einer Verschuldungspolitik, die aber nicht das finanziert, was wir gern hätten, sondern in den traditionellen Gleisen bleibt, wie die Unterstützung von Lufthansa zeigt.

Und wir wissen nicht, wie eng die Fesseln danach angezogen werden.

Dazu kommt, dass die Umverteilungspolitik es schwer hat, überhaupt im Mainstream Fuß zu fassen. Und das in einer Situation, wo es eigentlich leicht sein müsste, die Frage laut und deutlich zu stellen: Wer zahlt für die Krise?

Dies müssen wir intelligent im Bewusstsein unserer Mitglieder, den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes und der Gesamtgesellschaft verankern.

editorial

Diese Ausgabe reflektiert notgedrungen immer noch die Corona-Bedingungen von Bildung und Gewerkschaft, so im Hauptpersonalratsteil oder als Nachbetrachtung und Blick nach vorne in dem Beitrag von Christine Rensing-Grüter, illustriert von Jessica Peters. Besonders betroffen hat es auch die Personalratswahlen. Geschlossene bzw. teilgeöffnete Schulen und die Doppelbelastung der Lehrkräfte, aber auch die besondere Situation in Kitas und Hochschulen sind kein guter Nährboden für eine aktive Wahlbeteiligung. Und was bei Parlamentswahlen längst Usus ist, nämlich Briefwahlen, sucht man beim Kultusministerium vergeblich. Was die Ergebnisse angeht, kann die GEW zufrieden sein, mit der Einschränkung des gewerkschaftlichen Engagements dagegen nicht.

Insofern ist es auch wichtig, den Faden mit der Arbeitszeit- und -belastungsstudie wieder aufzunehmen, wozu die Frankfurter GEW der Landesdelegiertenversammlung im Herbst ein Aktionsprogramm vorschlägt, das die Schwerpunkte benennt.

Ob Frankfurt für die Bundestagswahlen durch die Bildung einer Grün-geführten Koalition mit SPD, FDP und VOLT Vorreiter ist, wird sich zeigen. Immerhin haben sich die Grünen in Frankfurt statt der Linkspartei für die FDP entschieden, obwohl die politischen Schnittmengen der Wahlprogramme mit der Linken größer waren. Deshalb wurde ja zunächst auch in dieser Konstellation verhandelt.

Wie mit einer Partei, die sich Privatisierung und Steuersenkung verschrieben hat, die gesellschaftlichen, sozialen, bildungspolitischen und umweltpolitischen Vorhaben gestemmt werden sollen, bleibt im Nebel. Die aus unserer Sicht wichtigsten Aspekte haben wir dargestellt und kommentiert.

Interessant ist auch, dass auf internationaler Ebene die Versuche weitergehen, den Sozialstaat weiter abzubauen, hier in Gestalt der Rentenpläne. Hier würde sich für eine proeuropäische Partei wie VOLT Gelegenheit bieten, den EU-Plänen Widerstand entgegenzusetzen. Zu hören ist davon bisher nichts.

Deshalb haben wir auf der LVo-Klausur in Fulda 2020 bereits unsere 500-Millionen-Forderung um die Forderung nach einem Sondervermögen Bildungsinfrastruktur in Höhe von 5 Milliarden Euro erweitert. Wir müssen jetzt darauf achten, dass aus dem danach geschaffenen Sondermögen des Landes entsprechende Mittel bereitgestellt werden.

4. Politische Bildung

Die war immer schon an den Rand gedrängt. Dies hat die letzte größere GEW-Veranstaltung von 2016 gezeigt. Jetzt ist der Platz und die Aufmerksamkeit noch geringer geworden, obwohl wir sie noch dringender brauchen, weil die Widersprüche zunehmen.

Hier haben GEW und Personalräte die Aufgabe, entsprechend den bereits bestehenden Forderungen tätig zu werden. Es wäre aber auch hilfreich, wenn die gesellschaftlichen Anliegen der GEW selbst bei der Verteidigung der öffentlichen Güter Eingang in die politische Bildung in den Bildungseinrichtungen fänden, also die genuine politische gewerkschaftliche Arbeit im politischen Unterricht reflektiert würde.

5. IT-Bereich/Digitalisierung

Hier haben wir es mit zwei sich scheinbar widersprechenden Strukturen und Politiken zu tun:

Auf der einen Seite hinkt die Schule in der Regel weit hinter dem technischen gesellschaftlich vorfindbaren Durchschnittsstandard hinterher – sowohl in Bezug auf die IT-Ausstattung als auch auf die Wartung und auf die IT-Sicherheit!

Auf der anderen Seite ist die Lobby der IT-und Bildungsunternehmen unterwegs, um auch inhaltlich mehr Einfluss in den Bildungseinrichtungen zu gewinnen.

Die GEW muss beide Stränge bearbeiten. Der Handlungsbedarf ist sehr groß, aber hier haben wir zum Glück nicht wenige KollegInnen, die daran bereits arbeiten.

6. Zufriedenstellende Ausstattung der Bildungseinrichtungen nach pädagogischen und inklusiven Erfordernissen/ Rekommunalisierung

Nicht erst Corona, sondern viele Aktionen von Schülervertretungen („Goldene Klobürste“ in FFM) und Elterninitiativen vorher haben die Defizite der kommunalen Investitionen im Bildungsbereich (von der Hygiene über die Essensbetreuung zum Ganztag) enthüllt. Die pädagogischen Konzepte und ihre baulichen Voraussetzungen liegen auf dem Tisch; sie erfordern aber einen gemeinwirtschaftlichen Ansatz mit finanzieller Absicherung.

7. Thematische Arbeitskonferenzen

Für alle diese Bereiche soll die GEW Arbeitskonferenzen einrichten bzw. fortführen, an denen Fachleute und interessierte KollegInnen mitarbeiten können.

Bezirksverband Frankfurt

---

* Montgomery, Chef der Bundesärztekammer, wurde in den hr-1-Nachrichten zitiert, dass Lehrer auch mal Doppelschichten einlegen sollten, das Pflegepersonal in den Krankenhäusern müsse das ja auch. (Originalmeldung bei dpa 17.11.20)
Das erinnert fatal an den berüchtigten Ausspruch von Altkanzler Schröder von den Lehrkräften als ‚faulen Säcken‘. – Schröder konnten wir erfolgreich kontern, bei Montgomery sollte dies auch möglich sein.

Bericht aus dem Bildungs- und Integrationsausschuss

Letzte Sitzung am 22. Februar 2021

Seit Beginn der Corona-Pandemie haben wir – das Team für Kommunale Angelegenheiten – den Bildungsausschuss an verschiedenen Orten in Frankfurt besucht u. a. im Plenarsaal des Römers, im Dominikanerkloster und am 22. Februar 2021 im Großen Saal des Zoogesellschaftshauses. In allen diesen Räumlichkeiten konnten meterlange Abstände gehalten werden, und an einigen Orten wurden sogar die Mikrofone nach jedem Beitrag von einer Hilfskraft desinfiziert. Mitunter fühlten wir uns wie Zuschauer in einem Theaterstück, weil es so gar nichts mehr mit unserer Arbeitsrealität an Schulen, Kindergärten und Kitas zu tun hatte.

Was hat sich für uns seit Beginn der Corona-Pandemie in Sachen Arbeitsschutz getan? Stimmt ja: Lüften, Abstand halten, Händewaschen (sofern dies in den verschiedenen Einrichtungen überhaupt möglich ist). Inzwischen haben Kolleginnen und Kollegen an Grund- und Förderschulen zumindest angekündigte Impftermine. Alle anderen Kolleginnen und Kollegen, die ebenfalls vor Ort im Einsatz sind, sind explizit vom Impfen ausgenommen.

Nun wird, eine Woche vor den Kommunalwahlen, eine weitere große Öffnung der Schulen angekündigt, konträr zu allem, was im privaten Bereich mit zwei Haushalten erlaubt ist. Sicher werden jetzt auch alle anderen, die sich beruflich einem solchen Risiko aussetzen müssen, im Schnellverfahren geimpft?! Nein?!

Soviel zum Thema Gleichbehandlung.

Und noch etwas: Neben anderen Ausschuss-Sitzungen wurde die ursprünglich für den 18. Januar 2021 vorgesehene Sitzung des Ausschusses für Bildung und Integration wegen der Corona-Maßnahmen nicht durchgeführt. Stattdessen wurden Beschlüsse zu Anträgen und Berichten im Januar 2021 lediglich im Haupt- und Finanzausschuss und in der Stadtverordnetenversammlung vorgenommen. Die GEW hatte dieses Verfahren als undemokratisch und wenig transparent ktitisiert.

Doch zurück zum Ausschuss. Da es sich um den letzten Bildungsausschuss der Wahlperiode handelt, geht es inhaltlich zum Großteil um Danksagungen und die Verabschiedung von Stadtverordneten, die dem Gremium in der nächsten Wahlperiode nicht mehr angehören werden.

In der **Bürgerinnen- und Bürgerrunde** wird geäußert, dass der Stadtteil Unterliederbach gut mit Krippen und Kindergärten versorgt sei, es mit Hortplätzen aber mau aussehe. Zwei Drittel der Eltern stünden ohne Hortplatz da, in der Schule sei vor lauter Containern kaum noch Schulhof übrig. Bildungsdezernentin Weber antwortet, sie hätten schon einiges geprüft, aber die

Möglichkeiten hätten sich zerschlagen. Eine neue Möglichkeit in einem Wohnhaus habe sich aufgetan. Im März soll es dort einen Termin geben. Dort könnten dann nach den Sommerferien neue Hortplätze entstehen.

Frau Rathke, Schulleiterin der Meisterschule in Frankfurt/Sindlingen moniert, dass sie bereits im vergangenen Jahr einen Antrag auf eine H10 Klasse gestellt habe und dieses Jahr der Antrag erneut abgelehnt wurde. Sie plädiert für kleine Systeme, die die Schüler benötigen. Was spricht gegen eine H10 an der Meisterschule? Das würde sie gerne wissen. Ein Raum stehe zur Verfügung. Frau Weber gibt ihr Recht und bietet einen Termin zur Besichtigung vor Ort an, obwohl das Stadtschulamt Einwände hat. H10 ermöglicht immerhin den Realschulabschluss außerhalb der Realschule. Ein Elternbrief der Schule wird von einer Mutter an Frau Weber übergeben.

Frau Hartenstein nimmt zum Thema „Wlan an Frankfurter Schulen“ unter Tagesordnungspunkt 4.18 Stellung.

Eine Mutter merkt an, dass auch fünf Schulen in der Testphase immer noch nicht an das WLan angeschlossen seien. Es bedürfe einer schnellen Umsetzung. Von den Computern in den Schulen könnten die Videokonferenzen bisher nicht gemacht werden.

Frau Weber berichtet zum Stand WLan an Frankfurter Schulen (s.a. auch das Handout zum Thema).

Der Ausbau stützt sich auf vier Säulen, den Digitalpakt, Annex I Laptops für Schulen, Annex II Support für Systemadministration (Geld für zehn Stellen, die möglichst schnell besetzt werden sollen), An-

Anlage: Behandlung der Anträge und Drucksachen

Unerledigte Drucksachen:

Corona-Pandemie – Einsatz von Luftfilteranlagen in Schulen Anfrage der AfD vom 21.10.2020, A 783 | Es dient zur Kenntnis, dass der Magistrat zwischenzeitlich einen Bericht (B 63) vorgelegt hat.

Der Magistrat wird aufgefordert, die folgenden Berichte spätestens in einem Monat vorzulegen:

- **Standortfrage Johanna-Tesch-Schule** Anfrage der FDP vom 06.10.2020, A 772
- **„Antirassismusstelle“** Anfrage der AfD vom 14.10.2020, A 775
- **Stärkung von Kooperationsmöglichkeiten Frankfurter Schulen mit außerschulischen Mentoring- und Förderprogrammen** | Bericht des Magistrats vom 10.08.2018, B 257 Zwischenbescheide des Magistrats vom 25.04.2019, 16.09.2019, 04.12.2019, 20.04.2020, 24.08.2020 und 16.12.2020
- **WLAN an allen Frankfurter Schulen** Bericht des Magistrats vom 24.01.2020, B 23 Zwischenbescheide des Magistrats vom 18.06.2020, 24.08.2020 und 26.11.2020
- **Wie geht es weiter mit der Schwarzburgschule?** | Bericht des Magistrats vom 29.05.2020, B 253
- **Wann kümmert sich die Stadt endlich um die Grundschule Europaviertel?** | Bericht des Magistrats vom 28.08.2020, B 387 | Zwischenbescheid des Magistrats vom 15.01.2021
- **Die Gebäude der Ernst-Reuter-Schulen (ERS) im Bestand sanieren** Bericht des Magistrats vom 28.08.2020, B 427 | Zwischenbescheid des Magistrats vom 21.01.2021

Zugestimmt wird:

- der Erweiterung des Bestandsgebäudes um eine Gruppe für Kinder unter drei Jahren und Neuorganisation der bestehenden Räumlichkeiten des Kinderzentrums Am Lindenbaum | (KiZ 86) hier: Mehrbedarf | Vortrag des Magistrats vom 15.01.2021, M 5
- dem Pilotprojekt: Entwicklung von temporären Lösungen zur Abdeckung von Schulsportbedarfen | Vortrag des Magistrats vom 22.01.2021, M 17
- der Fortschreibung des Personalbemessungssystems in städtischen Kinderzentren für Kinder unter drei Jahren | Vortrag des Magistrats vom 01.02.2021, M 21
- der Anregung des OBR 10 vom 12.01.2021, OA 654 zur August-Jaspert-Schule

Zurückgestellt werden:

- Kinderfreundliche Stadt: Zukunftsorientierte Planung der Betreuung der Kinder unter drei Jahren | Bericht des Magistrats vom 12.02.2021, B 67 und die Anregung des OBR 3 vom 18.02.2021 hierzu, OA 678
- Pilotprojekt zur Einrichtung einer 16- oder 24-Stunden-Öffnung für Alleinerziehende und Eltern, die im Schichtdienst arbeiten, Bericht des Magistrats vom 22.01.2021, B 29

Zur Kenntnis genommen werden:

- Sorgfaltspflicht des Landes Hessen: Mit Lüftungsanlage und Schallschutzfenstern einen Schulbetrieb in der Pestalozzischule im Riederwald während des Baus der Autobahn ermöglichen | Bericht des Magistrats vom 11.01.2021, B 3
- Bildungs- und Erziehungsbericht für Frankfurt erstellen | Bericht des Magistrats vom 11.01.2021, B 1
Schulzentrum der Nordweststadt | Bericht des Magistrats vom 18.12.2020, B 688
- Digitale Bildung an Frankfurter Schulen | Bericht des Magistrats vom 18.12.2020, B 672
- Lehre aus Corona ziehen: Kindern und Jugendlichen das Recht auf Bildung gewährleisten | Bericht des Magistrats vom 04.12.2020 | B 644
- Öffnung der Schulen und Kindertagesstätten zum Stadtteil | Bericht des Magistrats vom 04.12.2020, B 640
- Container forever? | Zukunft der IGS 15 (Höchst) | Bericht des Magistrats vom 13.11.2020, B 601
- Realisierung der zusätzlichen Grundschule in der Gotenstraße in Unterliederbach schnellstmöglich vorantreiben | Bericht des Magistrats vom 04.12.2020, B 637

Abgelehnt wird:

- Es wird Zeit: Beteiligung von Kindern und Jugendlichen (auch) auf Ebene der Ortsbeiräte | Anregung des OBR 12 vom 15.01.2021, OA 658

- Die Vorlage K 235 (Einheitliches Gütesiegel für Deutschkurse) wird im vereinfachten Verfahren erledigt.

- Der Antrag der FDP vom 05.10.2020, NR 1288 | „Digitalisierung: Frankfurter Schulen mehr Eigenverantwortung übertragen“ wurde auf den Haupt- und Finanzausschuss delegiert.

- Der Antrag der FRAKTION vom 13.03.2019, NR 786 (Kinder- und Jugendparlament) wurde auf den Haupt- und Finanzausschuss delegiert.

nex III (Laptops für Lehrkräfte), Betreuung vor Ort: dringend die Aufstockung der Deputatstunden, damit die IT-Beauftragten der Schulen das leisten können. Dass die IT-Beauftragten allein keine ausreichende Lösung seien, wüssten alle. Es brauche schon noch mehr Unterstützung. 340 Laptops wurden nachbestellt und es läuft die Umverteilung. 1000 LTI Sticks wurden bestellt und werden an die Schüler verteilt, für diese Laptops wird es einen technischen Support geben, die Geräte der Schüler können dann vom Stadtschulamt aus gewartet werden; die Firma webnet kann beauftragt werden, die neuen Laptops bei den Schülern zu Hause einzurichten. Das kann über das Schulbudget finanziert werden.

Christina Avellini und Ingeborg Ulrich

WLan: dieses Jahr werden 100 Schulen mit WLan ausgestattet und im darauffolgenden Jahr die restlichen Schulen. Die ersten Schulen sind die Elisabethenschule, die Philipp Holzmann Schule, die Schule am Mainbogen und eine weitere. Die Schulen wurden darüber informiert, wann die Installation bei ihnen losgeht.

Es gebe weiterhin großen Abstimmungsbedarf mit dem Land in Bezug auf die Laptops für Lehrer: wer soll den Support leisten?

Das Medienzentrum stellt Fortbildungen zur Verfügung. Alle weiterführenden Schulen wurden angerufen und mit den IT-Beauftragten gesprochen; ein Großteil der Wünsche wurde schon erfüllt.

Herr von Wangenheim, FDP, hätte gerne eine Liste mit den Terminen, wann welche Schulen ausgestattet werden. Frau Weber verspricht die Liste.

Textorschule und Valentin Sänger Schule starten mit dem neuen Konzept in den Ganztag. Frau Weber hofft auf gute Erfahrung.

Sprache ist der Schlüssel zur Welt. Sprachexperten mit Fachkongress : rassismuskritische Sprache, etc. richten sich an pädagogische Fachkräfte wie man Sprachförderung neu aufstellen kann, Kinderbüro feiert 30. Geburtstag. Das Kinderbüro hat einen Film gedreht, der ab Freitag online gehen wird.

Weiterhin berichtet Frau Weber zu folgenden Themen:

■ Jahrestag des Anschlags in Hanau, bei dem am 19. Februar 2020 neun Menschen bei einem rassistisch motivierten Attentat ermordet wurden. In diesem Zusammenhang informiert sie über den aktuellen Sachstand bei der Umsetzung des Aktionsplans zur Bekämpfung von Rassismus und Rechtsextremismus. Darüber hinaus teilt sie mit, dass die Städte Frankfurt am Main und Hanau ein „Memorandum über die Kooperation unserer Zentren für Vielfalt und zivilgesellschaftliches Engagement“ unter dem Betreff „Wir stehen zusammen.“ verfasst haben.

■ Informationen zur Umsetzung der Beschlüsse der Hessischen Landesregierung in Bezug auf Corona, nach denen ab dem 22. Februar die Klassen 1 bis 6 im Wechselunterricht beschult werden, der Distanzunterricht für die Jahrgangsstufen ab Klasse 7 (Ausnahme: Abschlussklassen) fortgesetzt wird und die Kindertagesbetreuung zeitlich wieder im Regelbetrieb unter Pandemiebedingungen für alle Kinder mit eingeschränkten Betreuungszeiten geöffnet wird. Sie verkündet in diesem Zusammenhang, dass ab Mittwoch, dem 24. Februar, in Frankfurt auch eine Notbetreuung am Nachmittag ermöglicht wird.

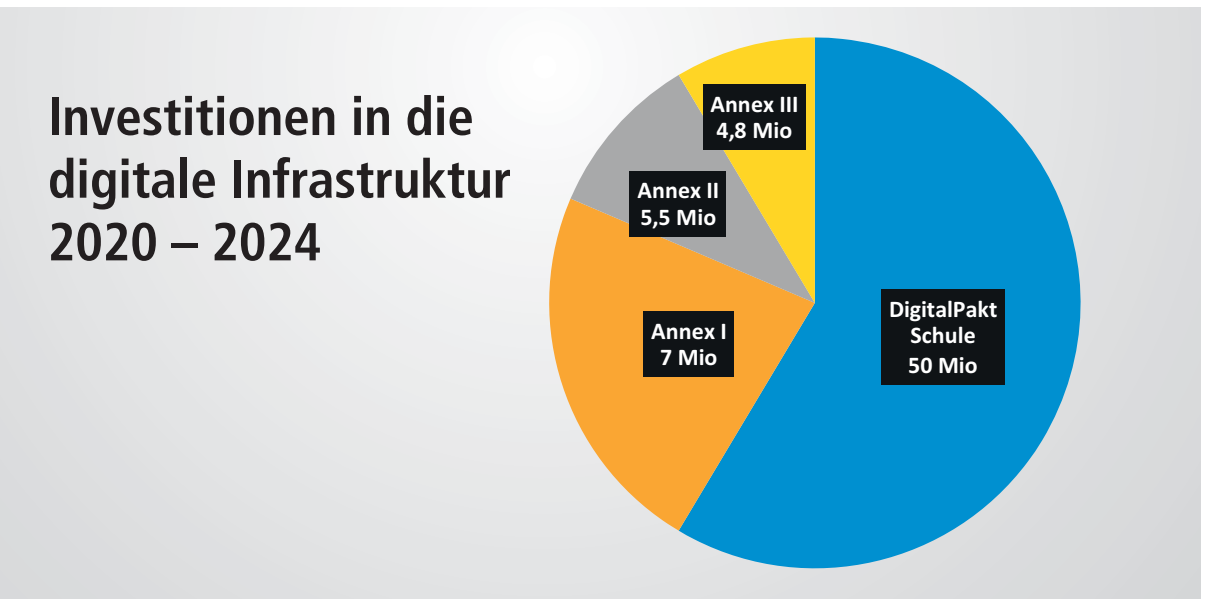
■ Zwei virtuelle Sprechstunden für Erzieherinnen und Erzieher wurden von der Dezernentin angeboten.

■ Mit dem Gesamtkonzept für ganztägig arbeitende Grundschulen hat sich die Stadt Frankfurt das Ziel gesetzt, die strukturellen Voraussetzungen für den Rechtsanspruch auf ganztägige Betreuung von Grundschulkindern ab 2025 zu schaffen. Dafür werden ganztägige Angebote der Stadt Frankfurt quantitativ ausgebaut und qualitativ weiterentwickelt. Mit der Pilotierung beginnt zum Schulhalbjahr 2021 an der Valentin-Senger-Schule und an der Textorschule eine weitere Stufe des Gesamtkonzepts.

■ Das Frankfurter Kinderbüro feiert in diesem Jahr sein 30-jähriges Jubiläum. Frau Weber weist auf einen Filmbeitrag hin, der ab Freitag, dem 26. Februar, auf der Homepage https://kinderbuero-frankfurt.de zu sehen ist und Stationen des Kinderbüros der letzten Jahre betrachtet.

Ingeborg Ulrich und Christina Avellini, teilweise unter Bezug auf das Protokoll der Sitzung

Digitalisierung an Frankfurter Schulen



1. DigitalPakt Schule

— Im Rahmen des „DigitalPakt Schule“ stehen der Stadt Frankfurt rund 50 Millionen Euro zur Verfügung.
— Infrastrukturprojekt für den Zeitraum 2019 bis 2024
— Verfahrensprozess: Schulen reichen über das Stadtschulamt Anträge ein → Staatliches Schulamt muss die Anträge genehmigen → Nach Genehmigung können Mittel bei der WI-Bank beantragt werden.

— Die ersten Anträge wurden bereits am 14. August 2020 an das staatliche Schulamt zur Freigabe gesendet:
- Präsentationstechnik: 3,8 Millionen Euro
- Mobile Endgeräte: 2,5 Millionen Euro
- WLAN: 4,7 Millionen Euro
- Ca. 11 Millionen aus dem Digitalpakt bereits abgerufen

— Die nächsten Anträge werden Ende Februar eingereicht.
— Priorisiert ist die Umsetzung von WLAN – die Hardware für alle 100 Schulen ist bereits bestellt und Montage- sowie Dienstleistungsverträge abgeschlossen.
— Damit geht eine komplette Neuordnung der schulischen IT einher: Allein an mobilen Endgeräten werden in den nächsten Jahren 19.000 neue Endgeräte bestellt.

— Was wird über den Digitalpakt beschafft?
- Mobile Endgeräte (Notebooks, Convertibles, iPads)
- Präsentationstechnik (Whiteboards, Smartboards, Beamer)
- WLAN
- Arbeitsgeräte

Support der schulischen IT

— Für die Administration des zusätzlichen IT-Equipments sind Landesmittel i.H.v. 10 Stellen angekündigt – derzeit gibt es jedoch noch keinen Beschluss des HKM.
— Zur bestmöglichen Vorbereitung ist bereits eine AG zwischen StSA und POA eingerichtet.
— Der 1st Level-Support muss aufgrund einer Vereinbarung des Landes Hessen aus dem Jahr 2001 von den IT-Beauftragten wahrgenommen werden. Der 2nd und 3rd Level-Support ist bereits über den Digitalpakt ausgeschrieben.

2. Sofortausstattungsprogramm

— Im Rahmen des Annex I stehen ca. 7 Millionen Euro zur Verfügung
— Alle **165 Frankfurter Schulen** sind mit insgesamt **9.340 Laptops** ausgestattet

— Endgerätezuwachs durch Digitalpakt und Sofortausstattungsprogramm:
- **2020 von 20.000 auf 29.000 Endgeräte → Mehrung um 45%**
- **2021 von 29.000 Geräten auf 35.000 Geräte → Mehrung um insges. über 75 % auf Basis 2020.**

— Zusätzlich zu den Laptops wurden 1.000 LTE-Sticks für Schüler:innen im Distanzunterricht ohne Internetzugang bestellt und teilweise verteilt.
— Derzeit besteht auch die Möglichkeit ein Kontingent an LTE-Sticks bzw. Routern für Lehrkräfte bereitzustellen.

Support des Sofortausstattungsprogrammes

— Alle 9340 Laptops werden seit dem 15. Februar sukzessive in den Support des Stadtschulamtes überführt.
— Dadurch wird eine vollständige Fernwartung gewährleistet, sodass wir auch im Rahmen des Distanzunterrichts Hilfe und Wartung gewährleisten können.
— Schulen, die keine IT-Beauftragten haben, können die Erstinstallation der Laptops über die Fa. Rednet beauftragen. Das Schulbudget wird am Jahresende ausgeglichen.

3. WLAN

— Beschluss der STVV zur Ausstattung Frankfurter Schulen mit WLAN: 02.07.2020.
— Geschwindigkeit der WLAN-Ausstattung wurde seitdem verdreifacht. Von 30 Schulen im Jahr auf 100 Schulen im Jahr 2021. Alle anderen Schulen werden im Jahr 2022 ausgestattet.
— WLAN-Access-Points für 100 Schulen sind bereits bestellt.
— Montage- und Dienstleistungsverträge sind bereits abgeschlossen.
— Pro Quartal werden 25 – 30 Schulen ausgestattet.
— Alle Schulen wurden per Schreiben an die Schulleitungen informiert, in welchem Zeitraum sie WLAN erhalten – Planungssicherheit.

Support der WLAN-Infrastruktur

4 Stellen für das WLAN-Rollout im HH 2020 eingestellt à davon drei Stellen besetzt und eine im Besetzungsverfahren.
Zusätzlich gibt es drei Stellen für den Support der Berufsschulen, die mittlerweile ebenfalls besetzt sind.

4. Annex II (5,5 Millionen Euro)

— Support für Systemadministration
(Befindet sich derzeit in Abstimmung zwischen dem Land und den kommunalen Spitzenverbänden)

5. Annex III (4,8 Millionen Euro)

— In Erwartung der Förderrichtlinie und der Ausführungsbestimmungen des Landes Hessen.
Große Uneinigkeit zwischen Kommunen und Land – Stellungnahme des Hessischen Städtetags, bzgl. noch zu klärender Punkte.

Kollateralschäden

Seit letzter Woche darf ich meine Schülerinnen und Schüler wieder unterrichten; im Dezember habe ich sie zum letzten Mal gesehen. Es war erst mal nur die halbe Gruppe meiner 9. Klasse, die ich wiedergesehen habe, trotzdem freuten wir uns alle. Nach der Pause waren sie zu spät gekommen, nach und nach trudelten sie ein. Bücher und Arbeitsmaterial hatten sie nur vereinzelt mit. Nun müssen sie resozialisiert werden. Sie müssen wieder lernen am Morgen rechtzeitig aufzustehen, um pünktlich zu kommen und ihr Material vollständig dabei haben. Lang ist es her.

Als ich nach der Stunde Aufgaben für die kommende Woche an die Tafel schreibe, fragen sie, bis wann sie die hochladen sollen. Ich schaffe es kaum, ihnen zu vermitteln, dass das vorbei ist, dass wir ab jetzt ihre Aufgaben wieder zusammen besprechen.

Über vier Monate haben sie digital gearbeitet, haben von mir Aufgaben gesendet bekommen und die Ausarbeitungen hochgeladen; diese wurden dann von mir korrigiert; die Korrekturen konnten sie online abrufen. Ein bis zweimal pro Woche sahen wir uns bei den Videokonferenzen.

„digital“

Eins der am häufigsten gebrauchten Wörter in diesen Zeiten ist das Wort „digital“.

Klar, auf den digitalgestützten Unterricht können wir nicht mehr verzichten.

Schon vor Jahren habe ich einen E-Mail-Austausch mit einer französischsprachigen Klasse aus Lothringen durchgeführt und mit einer Gruppe aus Togo gemeinsam eine Plattform zum Thema Francophonie erstellt. Das waren Highlights im Präsenzunterricht, wunderbare Erholungsstunden zwischen Tafel und Lehrbüchern. Und sie fanden im schuleigenen Computerraum statt. Die Schülerinnen und Schüler saßen zu zweit oder dritt an funktionierenden (wenn auch alten) Computern, das Wörterbuch daneben und hatten ihren Spaß am Formulieren ihrer Mails, am Betrachten der Fotos aus Lothringen oder Togo, verbunden mit Beiträgen zum Thema der Plattform in holprigem Französisch.

Beim Distanzunterricht fehlt dieser gemeinschaftliche Aspekt.

Die Kinder arbeiten allein zu Hause an guten oder schlechten Geräten, wenn sie überhaupt eins haben. Sie lernen die französische Grammatik und Informationen über die Francophonie ganz allein. Bei den Videokonferenzen gibt es die Möglichkeit die Sprache endlich mal wieder zu sprechen, aber pro Lerngruppe blieben bei mir monatelang regelmäßig ca. 8 Schülerinnen und Schüler weg: Vielleicht brauchten die Eltern die Geräte in ihrem Home-Office oder sie hatten von ihrer Schule Geräte bekommen, konnten sie aber nicht bedienen oder trauten sich nicht in die Konferenzen.

Tobi, ein fitter Französisch-Schüler aus der 8. Klasse, war bei jeder Konferenz dabei und meldete sich tapfer. Während seiner Beiträge schrien im Hintergrund pausenlos seine kleinen Geschwister, auf die er nebenbei noch aufpasste. Souverän stand er zu seiner häuslichen Situation. Die kleine Luzie hatte von der Schule ein Gerät bekommen und wagte sich immerhin in die Konferenzen, um zuzuhören. Die Eltern hatten beschrieben, dass ihr schlecht würde, wenn man sie anspreche. Trotzdem blieb sie fleißig bei der Stange, machte ihre Aufgaben und hörte zu, monatelang.

Wenn ich sie ansprach, loggten sie sich sofort aus

Von vielen Schülern hörte und sah ich überhaupt nichts; wenn sie in die Videokonferenzen kamen und ich sie ansprach, loggten sie sich sofort aus. Rücksprachen mit Eltern oder Schülern halfen mehr oder weniger. Ein Schüler sagte mir: Ich brauche eben einen Lehrer.

Und nicht nur das: Er braucht auch seine Freunde, das schulische Umfeld und sein Arbeitsmaterial auf einem eigenen Arbeitsplatz.

Beim digitalen Unterricht darf der Mensch nicht fehlen.

Als Lehrerin hinter dem Gerät habe ich eine sehr wichtige Funktion. Ich bin nicht nur dafür da, den französischen Imperativ oder Subjonctif zu erklären. Ich bin auch da, um zuzuhören, wenn Schüler Angst bekommen, dass sie den Lockdown mit dem Homeschooling und der Lage zu Hause nicht schaffen können. Mit Tobi konnte ich seine Situation in einem digitalen „Einzelraum“ besprechen, aber ich habe in meinen Gruppen auch das Thema „Corona“ generell besprochen und die Kinder erzählen lassen, was das für sie bedeutete, wie es ihnen dabei ging.

Aber auch wir als Lehrer/-innen müssen eine solche Situation hinbekommen. Noch kurz vor Weihnachten fiel eine gute Bekannte von mir morgens vor dem Home-Office plötzlich tot um, Lungenembolie, erst 56 Jahre alt. Noch eben hatte sie ein fröhliches „Guten Morgen“ in die kollegiale Runde gepostet. Der Arzt, der die Obduktion vorgenommen hatte, sagte, dass die Lungenembolie neuerdings als ernste Folge von langen Phasen im Home-Office gelte. Meine Bekannte ernährte sich gesund, trank genug … aber hatte einen Job bei einer Versicherung gewissenhaft über neun Monate ausgeübt und abends an ihrem Computer noch eine Weiterbildung gemacht.

Was bedeutet das für die Lehrerinnen und Lehrer? Saßen wir nicht auch monatelang Tag und Nacht bei den Korrekturen der eingereichten Aufgaben am Computer, planten den Unterricht schriftlich und stellten ihn ins Netz? Nahmen wir nicht an Gesamtkonferenzen, Dienstbesprechungen und Fachkonferenzen online teil? Trafen wir uns nicht mit guten Kolleg/-innen im digitalen Lehrerzimmer, um mal zu reden?

Trotz neuer Erkenntnisse werden uns noch keine Thrombosestrümpfe vom Arbeitgeber gestellt, stehen uns keine verpflichtenden Fitnesseinheiten (auch zur Entfettung) zum Nachturnen online zur Verfügung, verbunden mit einer Entlastungsstunde.

Der gesamte Job hat sich mehr als je zuvor ins Privatleben verlagert. Da vergesse ich oft die Pausen und arbeite bis in die Nacht, ohne dass mir das groß auffällt. Ein Lehrbuch kalkuliert immer den Lehrer mit ein, der Bilder und Tabellen mit den Schülern klärt, der die Aussprache schult und vieles andere mehr. Vieles muss zusätzlich den Schülern in kindgerechter Sprache erläutert werden; ich muss Audiodateien für die Aussprache von Vokabeln erstellen und Scans von Grammatikseiten mitsenden, die das Gebiet genauer erklären als das Lehrbuch.

Wenn ich nicht zur Wiederholung kurz (schriftlich) kläre, was noch mal ein Adverb ist, kann ich das auch in Französisch nicht neu einführen; ein schwächerer Schüler wäre damit überfordert. Dazu suche ich Kurzvideos zur Erklärung auf französisch für die stärkeren Schüler … und keinen von ihnen habe ich wirklich im Blick: Ist er oder sie gerade über- oder unterfordert? Muss ich kurzfristig umdisponieren? Spielen sie nebenher am Handy? Sind sie überhaupt da oder haben sie sich nur in den Unterricht eingeloggt und sind dann woanders hingegangen?

Ich überlasse hier die Mädchen und Jungen zu einem Teil sich selbst, obwohl ich doch da bin; anders geht es nicht; eine absurde Situation.

„Ihren Unterricht sehe ich mir immer gerne an“

Und auch ich bleibe zu Hause immer Mensch. Längst habe ich mich daran gewöhnt, dass eine Mama lieb zu mir sagt: „Ihren Unterricht sehe ich mir immer gerne an. Nur das mit den Possessivpronomen habe ich noch nicht verstanden und Millie auch nicht.“

Mein Lieblingsthema: der Datenschutz. Ob die liebenswerte Mama verstanden hat, dass auch andere interessierte Zuschauer ihre Millie im Unterricht ansehen können?

Bei mir klingelt zwischendurch der Paketbote, bellen die Hunde bei Gelegenheit oder jemand meldet sich telefonisch. Zum Glück habe ich ja ein separates Arbeitszimmer, aber manchem Kollegen, mancher Kollegin geht es sicher auch so wie Tobi: Ihr Kleinkind spielt im Hintergrund, weil der Kindergarten zu ist. Hoffentlich braucht es seine Eltern 45 Minuten lang mal nicht. Eine Zumutung nicht nur für das Kleinkind.

Ich fürchte um die Schülerinnen und Schüler und um uns selbst, unseren Bildungsauftrag und unsere Kräfte. Technisch bekommen wir das hin, aber wo bleiben unsere Strukturen, der Abstand zum Beruf? Wo können wir uns vom stressigen Dasein als Distanzlehrer erholen?

Wir sind wenigstens erwachsen und können Strategien für uns finden, aber für die Kinder ist über Monate etwas weggebrochen – die Kindheit, wie sie zu sein hat: mit Freunden, Sport und Spiel, Familienfeiern, mit der Schule und ihren Lehrern. Mit Eltern, die ihren Beruf ausüben und sich um die Kinder kümmern, wenn sie nach Hause kommen, mit Großeltern, Onkel und Tante. Mit der Möglichkeit, draußen spielen zu gehen ohne mit den kleinen Geschwistern Hausaufgaben zu machen oder während der eigenen Videokonferenzen auf sie aufzupassen, weil es die alten Strukturen nicht mehr gibt. Diese haben sich für die Kinder verschoben; in manchen Fällen haben sie die Rollen der Erwachsenen übernommen anstatt unter deren Schutz zu stehen. – Wie werden sie sich entwickeln, was wird aus ihnen werden? Zurückdrehen lässt sich nichts mehr.

Fotos: Jessica Peters

Klatschen vom Balkon

Aber nun ist endlich der lange Lockdown überstanden und die Schule findet wieder in der Schule statt; mit den Tests und Impfungen kehrt nach und nach die Normalität zurück. Die Kinder sind wieder Kinder.

Jetzt wird es Zeit für ein bisschen Anerkennung für uns alle und besonders für uns Lehrerinnen und Lehrer: Klatschen vom Balkon wäre wirklich gut, aber vielleicht könnte es für uns ja auch endlich Laptops geben, nur mal als Idee, falls eine vierte Welle kommt. Und natürlich Thrombosestrümpfe.

Christine Rensing-Grüter

GEW-Mitglieder im Gesamtpersonalrat der Lehrerinnen und Lehrer

Name	Schule	e-Mail Adresse
Christina Avellini	Adornogymnasium	christina. avellini@gew-frankfurt.de
Meike Bär	Friedrich-Dessauer-Gymnasium	meike.baer@gew-frankfurt.de
Lea Brückner	Berkersheimer Grundschule	lea.brueckner@gew-frankfurt.de
Heidi Franciszczok	Elsa-Brändström-Schule	heidi.franciszczok@gew-frankfurt.de
Bine Friedrich	Panoramaschule	bine.friedrich@gew-frankfurt.de
Daniel Gnida	Friedrich-Dessauer-Gymnasium	daniel.gnida@gew-frankfurt.de
Enis Gülegen	Philipp-Holzmann-Schule	enis.guelegen@gew-frankfurt.de
Sebastian Guttmann	BFZ Frankfurt-West	sebastian.guttmann@gew-frankfurt.de
Susanne Hüttig	Stauffenbergschule	susanne.huettig@gew-frankfurt.de
Dirk Kretschmer	Max-Beckmann-Schule	dirk.kretschmer@gew-frankfurt.de
Heide Krodel-Johne	Viktor-Frankl-Schule	heide.krodel-johne@gew-frankfurt.de
Zahreen Mahmood	Walter-Kolb-Schule	zahreen.mahmood@gew-frankfurt.de
Frauke Matthes	Bergiusschule	frauke.matthes@gew-frankfurt.de
Laura Preusker	Münzenbergerschule	laura.preusker@gew-frankfurt.de
Ingeborg Ulrich	Schule am Ried	ingeborg.ulrich@gew-frankfurt.de
Katja Weber	Ernst-Reuter-Schule II	katja.weber@gew-frankfurt.de
Henrich Zorko	Ernst-Reuter-Schule II	henrich.zorko@gew-frankfurt.de

Gesamtpersonalratsbüro gesamtpersonalrat@kultus.hessen.de oder 069-38989185
Stuttgarter Straße 18–24, 60329 Frankfurt

Zuständigkeiten

Vorsitzendenteam Meike Bär und Sebastian Guttmann

Arbeits- und Gesundheitsschutz Meike Bär und Heide Krodel-Johne

Fragen von Tarifbeschäftigten Bine Friedrich und Heide Krodel-Johne

Beratung bei länderübergreifenden und hessenweiten Versetzungen

Berufliche Schulen:	Susanne Hüttig
Grundschulen:	Heidi Franciszczok und Laura Preusker
Gesamtschulen:	Katja Weber
Gymnasien:	Christina Avellini
Haupt- und Realschulen:	Katja Weber
Sonderpädagogik:	Sebastian Guttmann

Nachrichten aus dem Gesamtpersonalrat

Nach der Personalratswahl fand am 19. Mai 2021 die konstituierende Sitzung des Gesamtpersonalrats der Lehrerinnen und Lehrer statt. 17 von 23 Plätzen gingen an die GEW (siehe Aufstellung GEW-Mitglieder im GPRLL). Meike Bär und Sebastian Guttmann wurden erneut zum Vorsitzendenteam gewählt.

Wie auch schon zuvor sehen wir eine wichtige Aufgabe darin, die örtlichen Personalräte immer wieder zu informieren und bei Bedarf auch zu beraten und unterstützen, damit sie auch an den Schulen die Interessen der Kolleginnen und Kollegen bestmöglich vertreten können.

Ein weiteres wichtiges Thema sind der Arbeits- und Gesundheitsschutz an den Frankfurter Schulen, der auch weit über den Bereich Corona(maßnahmen)/Hygiene hinausgeht. Wir werden weiter in Sitzungen und Gremien, insbesondere im Arbeitsschutzausschuss darauf hinwirken, dass Probleme nicht ignoriert sondern bearbeitet werden. Hier sind wir auch besonders auf Rückmeldungen aus den Schulen angewiesen.

Auch andere Themen, wie beispielsweise die Umsetzung der dienstlichen Mailadresse und dienstliche Endgeräte und vieles mehr werden wir weiter verfolgen.

Auch in diesem Jahr werden wir uns dafür einsetzen, dass möglichst viele befristet Beschäftigte die Sommerferien bezahlt bekommen. Dies ist leider nicht immer in allen Fällen möglich, wir unterstützen hier aber gerne, wenn sich die Kolleginnen und Kollegen an uns wenden.

Nicht nur beim Gesamtpersonalrat, sondern auch auf der Ebene der Dezernentinnen und Dezernenten im Staatlichen Schulamt gibt es personelle Veränderungen: Im Geschäftsbereich I (Grundschulen) hat Herr Zimmermann seit März die Nachfolge von Frau Wiemann angetreten, die in den Ruhestand gegangen ist. Im Geschäftsbereich III (Gesamt-, Haupt-, und Realschulen) ist Frau Caspers-Naujoks neu hinzugekommen, im Geschäftsbereich IV Herr Messner.

Leider findet die erste Gemeinsame Sitzung mit der Amtsleitung des Staatlichen Schulamts, für die sich einige Nachfragen aufgestaut haben, erst nach Redaktionsschluss statt. Insofern werden weitere Informationen erst in der nächsten FLZ zu finden sein.

VORANKÜNDIGUNG

Teamarbeit: ein Instrument indirekter Steuerung oder Chance zur Selbstorganisation?

Ein neuer workshop mit Stephan Siemens [Experte für Arbeitspsychologie + Burnout-Prävention, Köln] am Montag, 1. November 2021 im DGB-Haus Frankfurt der auch die veränderten Arbeitsbedingungen während der Corona-Pandemie mit einbeziehen wird.

Wir, die Kolleginnen und Kollegen, werden in Teams organisiert, die dann über Anforderungen der sogenannten „Umwelt" unter Druck gesetzt werden. In diesem Rahmen verteilen wir als Gruppe gemeinsam diesen Druck – um den „Gruppendruck" verstärkt – aufeinander als Individuen. Das geschieht im Wesentlichen unbewusst, d.h. die so angelegten Prozesse organisieren sich „von selbst" (erste Bedeutung von Selbstorganisation). Auf diese Weise werden unsere Beziehungen bei der Arbeit belastet, was zu emotionaler Erschöpfung und über die Jahre zu Burnout führt. Diese Tendenz wird durch die Corona-Krise noch verstärkt.

Sich diese Prozesse bewusst zu machen, setzt voraus, dass wir uns mit unseren Beziehungen bei der Arbeit auseinandersetzen mit dem Ziel

- uns vor einem unbewusst sich entwickelnden Burnout zu schützen.
- uns Solidarität zu erarbeiten, durch die wir uns gemeinsam gegen die indirekte Steuerung wehren können
- unsere gemeinsame Arbeit mehr und mehr selbst zu organisieren (zweite – der ersten entgegengesetzte – Bedeutung von Selbstorganisation).

Wir werden in der nächsten FLZ das Konzept noch genauer vorstellen.
Für Aufnahme i. d. Informationsverteiler bitte Mail an: thomas.sachs@gew-frankfurt.de

Arbeitsgruppe „Gegen die Ökonomisierung der Bildung"

Impressum

info@gew-frankfurt.de

FLZ vorm. Frankfurter Lehrerzeitung
Herausgeber
Bezirksverband Frankfurt a. M. der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) im DGB, Bleichstr. 38a, 60313 Frankfurt,
Tel.: 069 – 29 18 18, Fax: 069 – 29 18 19
E-mail: **info@gew-frankfurt.de**

Bürozeiten Geschäftsstelle des Bezirksverbandes:
dienstags und mittwochs 13 bis 17 Uh
donnerstags 14 bis 18 Uhr

Vorsitzende
Sebastian Guttmann, Laura Preusker

FLZ-Team Christine Rensing-Grüter, Jessica Peters, Herbert Storn

Rechtsberatung Heide Krodel-Johne, Daniel Gnida, Thomas Sachs
montags 15.30–17.30 Uhr,
Tel.: 069–13 37 78 71, in den Ferien findet keine Rechtsberatung statt.

Satz & Layout
Karin Dienst, Christian Häussler

Druck ORD - Oberhessische Rollen-Druck GmbH

Auflage ca. 5000

Erscheinungsweise 4 bis 5 mal jährlich

Fotos wenn nicht anders angegeben: FLZ

Der Bezugspreis ist durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten.

Redaktioneller Hinweis: Die Redaktion freut sich über Zuschriften – möglichst als unformatierte Word-Datei. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Sie behält sich das Recht der Kürzung vor.
Wir danken allen Karikaturisten, Fotografen und Autoren der Bild- und Textmaterialien für die freundliche Überlassung.
Redaktionsschluss Nr. 3-2021: *siehe homepage*

Nachrichten aus dem Hauptpersonalrat

Stand: April 2021

Mitteilungen des Kultusministeriums
Das KM berichtet
— über die beschlossene Schulgesetzänderung und kündigt schulformspezifische Präzisierungen zu den Änderungen an;
— darüber, dass es nun für alle Beschäftigten an allen Schulformen ein Impfangebot gebe.

Mitteilungen des HPRLL
Der HPRLL verweist auf einen Artikel des Wiesbadener Kuriers über die erfolgreiche Klage zweier Schüler der Jahrgangsstufen KM 7 und 10, die für sich das ***Recht auf Wechselunterricht*** beanspruchen. Das Gericht habe nicht zu Gunsten des KM entschieden.

Das KM antwortet, dass es mit einer Beschwerde an den Hessischen Verwaltungsgerichtshof gehe.

Auf die Nachfrage des HPRLL- nach Rechtsfolgen aus dem Urteil, auch wenn das Verfahren noch nicht abgeschlossen sei, antwortet das KM, dass es hier um vorläufigen Rechtsschutz gegangen sei. Das KM sehe gute Erfolgsaussichten in der Hauptsache. Einen Termin werde es aber frühestens in einem Jahr (!) geben.

Der HPRLL weist darauf hin, dass ihm einige Unterlagen und Erlasse erst so kurzfristig zugegangen seien, dass es noch nicht möglich gewesen sei, diese auszuwerten. Dies gelte auch für den Erlass zur ***Aussetzung von Klassenfahrten***, zu dem es gegebenenfalls in der nächsten Sitzung noch Fragen geben könnte.

Das KM stellt klar, dass Klassenfahrten derzeit nicht verantwortet werden könnten.

Für den HPRLL stelle sich dann aber die Frage, warum die Aussetzung von Klassenfahrten nur bis zum 21. Mai 2021 festgelegt wurde und nicht bereits für den Rest des Schuljahres.

Darauf antwortet das KM, dass dies mit der Geltungsdauer der Corona-Verordnung zusammenhänge.

Der HPRLL weist auf die sich daraus ergebenden Probleme mit Stornierungsfristen sowie – bei teureren Fahrten – mit den notwendigen Vorlaufzeiten u.a. für Anspar-pläne hin.

Auf die Frage des HPRLL nach der Bereitstellung ***dienstlicher Endgeräte für GPRLL-Vorsitzende*** antwortet das KM, dass die Verantwortlichkeit noch nicht geklärt werden konnte.

Der HPRLL mahnt Terminvorschläge für die ***„AG Sommerferienbezahlung"*** an.

Der HPRLL fragt nach Informationen über ein **landesweites E-Learning-Programm zur Korruptionsbekämpfung**, das es in zwei Schulamtsbezirken geben solle. Nach Informationen des HPRLLseien davon Schulleitungen betroffen, teilweise aber auch Lehrkräfte mit Prüfung und Zertifizierung. Der HPRLL kritisiert, dass er nicht einbezogen worden sei, obwohl es sich hier um ein landesweites Programm zu handeln scheine und er bei den Richtlinien in der Mitbestimmung sei.

Das KM erwidert, es habe keine HPRLL-Beteiligung gesehen, sondern eine Ressortbeteiligung. Es beziehe sich auf Aussagen des Rechnungshofes, der vorgeschrieben habe, mehr zu tun, als zum Thema Korruptionsbekämpfung nur Erlasse zu veröffentlichen.

Aktuelle Corona-Maßnahmen
Der HPRLL verweist darauf, dass ihm die Unterlagen zum Thema ***Selbsttests an Schulen*** erst sehr kurzfristig zugegangen seien und eine weitere Erörterung ggf. in der nächsten Sitzung erfolgen müsse.

Zum Thema ***Impfungen*** sei dem HPRLL nur durch Zufall aufgefallen, dass eine Anmeldung über das Onlineportal möglich sei. Das zugehörige Ministerschreiben liege dem HPRLL noch nicht vor.

Im Bereich des StSchA Hochtaunus-/Wetteraukreis warteten diejenigen, die sich über das Onlineportal angemeldet haben, noch immer auf ihre Impftermine, wohingegen diejenigen, die sich über die Schulliste angemeldet haben, bereits die erste Impfung erhalten hätten. Diese Ungleichbehandlung sollte schnellstmöglich abgestellt werden.

Das KM weist auf das heutige Schreiben mit der Anmeldung über das Impfportal hin. Die Termine über das Online-Portal würden nach dem Zufallsprinzip vergeben, so dass sich immer diejenigen benachteiligt fühlten, die nicht den ersten Termin bekämen.

Der HPRLL weist auf den Personenkreis der ***pädagogischen Mitarbeiter/-innen an Hochschulen*** hin. Im Rahmen der Betreuung von Studierenden im Praktikum besuchten diese ca. 30 Schulklassen pro Schuljahr. Eine Schulleitung habe sich jedoch geweigert, eine entsprechende Arbeitgeberbescheinigung für die Zugehörigkeit zur Gruppe 2 auszustellen. Es wäre aber wünschenswert, dass auch dieser kleine Personenkreis mit hoher Priorität ein Impfangebot erhält.

Das KM erklärt, dass diese Fälle nachvollziehbar seien und weist auf eine Liste mit ca. 25 Tätigkeitsbeschreibungen der anspruchsberechtigten Personen hin. Diese Liste werde auch hier angewandt. Eine Ausweitung dieser Liste sei nicht geplant.

Auf die Frage des HPRLL nach Priorisierung innerhalb der Gruppen, z. B. für Seniorinnen und Senioren oder chronisch Kranke, antwortet das KM, dass es eine Priorisierung nach Alter gebe.

Der HPRLL stellt fest, dass die Unterlagen für die Pilotphase mit den ***Antigen-Selbsttests*** beim HPRLL erst eingegangen seien, als diese bereits angelaufen war. Dies sei insbesondere deshalb ausgesprochen ärgerlich, da vom Gremium immer wieder bezüglich der Tests nachgefragt worden sei. Diese Zeitläufe immer wieder „mit Corona zu entschuldigen", sei irgendwann nicht mehr ausreichend. Der HPRLLmüsse sich ernsthaft die Frage stellen, wie ernst es das KM mit der Beteiligung des HPRLL und dessen Anhörungs- und Beteiligungsrechten sei.

Eine ähnliche Klage äußert der HPRLL über das weitere Verfahren.

Zur Frage der Räumlichkeiten führt das KM aus, dass sich die Durchführung der Tests im Klassenraum bewährt habe.

Der HPRLL fragt nach der Entsorgung der gebrauchten Test-Kits, der Auswahl der Schulen für die Pilotphase und ob es positive Testergebnisse gab, die anschließend auch bestätigt wurden.

Das KM antwortet, dass die Entsorgung in geschlossenen Plastikbeuteln über den Hausmüll erfolge. Die Schulen für den Modellversuch seien durch die Staatlichen Schulämter ausgewählt worden. Es liege bisher nur ein Zwischenergebnis vor. Zwei Schüler/-innen seien nachweislich positiv getestet worden. Von 10 positiv getesteten Lehrkräften sei noch nicht bekannt, welche dann auch tatsächlich infiziert waren. Hier stünden noch Ergebnisse aus.

Die Ausweitung der Selbsttests auf alle Schulen sowie das Vorhaben, diese zweimal pro Woche durchzuführen, begrüßt der HPRLL, ist aber der Meinung, dass das Umpacken und Austeilen der Test-Kits eben so wenig Bestandteil der Dienstordnung der Lehrkräfte ist, wie Selbsttests zu beaufsichtigen.

Das KM bestätigt dies, rechtfertigt es aber damit, dass niemand Schulschließungen wolle. Unterstützungsangebote könnten nicht flächendeckend verfügbar gemacht werden. Der Vertrag mit dem DRK sei unterschrieben, so dass Patinnen und Paten in den Schulen unterstützen könnten.

Die weitere Erörterung geht darüber, ob diese Unterstützung ausreicht, über benötigte Schutzausrüstungen, wer sie benötigt und wann bekommt, wer dafür bezahlt und über die mangelhafte und kurzfristige Informationspolitik und die daraus resultierende Belastung der KollegInnen.

Der HPRLL stellt fest, dass die KollegInnen sich nicht nur überfordert fühlten, sondern es auch seien. Er fordert die Dienststelle daher auf, die Organisation noch einmal zu überdenken.

Der HPRLL stellt zum wiederholten Mal die Frage, warum es auch nach einem Jahr der Pandemie nicht möglich sei, den Vorlauf für solche Maßnahmen so zu planen, dass genügend Zeit zur Vorbereitung bleibe und z. B. die Gremienbeteiligung auch tatsächlich möglich sei.

Das KM rechtfertigt ihr Verhalten u.a. damit, dass Abstimmungsprozesse zwischen KM und Sozialministerium sehr langwierig und zermürbend seien. Außerdem gebe es viele Abstimmungsprozesse mit dem Bundesgesundheitsministerium und mit Landtag, LSV und LEB.

Lerncamps in den Osterferien
Der HPRLL beklagt, dass das umfangreiche Material zu den Osterferiencamps die Schulen erst kurzfristig einen Tag vor dem HPRLL erreicht habe.

Da bezüglich der Durchführung der Camps der öPR sowie die Gesamtkonferenz zu beteiligen seien, müsse gewährleistet werden, dass die Informationen auch die Kollegien erreichen, zumal auch VSS-Kräfte einbezogen werden sollen.

Nach Angaben des KM haben sich bis zum Zeitpunkt des Anmeldeschlusses 274 Schulen angemeldet. Auf Wunsch der Schulen habe es eine Ausweitung auf alle Schulformen und Fächer gegeben. Per Allgemeinverfügung seien in drei Kreisen allerdings insgesamt 41 Schulen durch die Gesundheitsämter geschlossen worden. 233 Schulen hielten am Camp fest. 9.999 Schüler/-innen von ursprünglich rund 12.000 gemeldeten nähmen laut aktuellem Stand teil.

Auf Nachfrage des HPRLL antwortet das KM, dass es von Landesseite keine Vereinbarung gebe, dass ab einer gewissen Inzidenz die Lerncamps zentral abgesagt würden. Die Hausspitze habe die Lerncamps bisher nicht gestoppt. Viele Schulen würden sich vor Ort mit dem Gesundheitsamt abstimmen.

Der HPRLL erkennt in einer entsprechenden Stellenausschreibung der Dienststelle für die Durchführung der Feriencamps die geplante Verstetigung der Feriencamps. Der HPRLL weist erneut darauf hin, dass die Camps aus seiner Sicht keine angemessene Kompensation für entfallenen Unterricht sein können und dass der Unterricht weiterhin als das „zentrales Moment" angesehen werde.

Das KM nennt die Camps einen Baustein, kein Allheilmittel, eine umfassende Kompensation sei selbstverständlich nicht möglich. Die Hessische Lehrkräfteakademie sei im Übrigen für die Evaluation eingebunden, um Schlussfolgerungen für den Sommer zu ziehen.

Im Personalpool für die Camps befänden sich ca. 40 % Lehramtsstudierende.

Schulverwaltungsfachkräfte an hessischen Schulen
Dies ist die erste Information des KM zu diesem Thema.

In 2021 würden 15 Mio Euro zugewiesen. Ein besonders strittiger Punkt sei die Frage nach der Trennung der inneren und äußeren Schulverwaltung. Hier habe man sich jedoch darauf geeinigt, dass an den Schulen keine Listen über Aufgaben zu führen seien, um nicht weiteren Verwaltungsaufwand zu produzieren. Eine Berücksichtigung aller Schulen sei nicht möglich, im Rahmen der Möglichkeiten sollen aber kleine Grundschulen auch berücksichtigt werden.

Der HPRLL plädiert dafür, dass der tatsächliche Aufwand berücksichtigt werden müsse.

Das KM führt aus, die Verwaltungsvereinbarung sei in der vergangenen Woche an die Schulträger gegangen. Die Schulträger müssten das Geld nur verteilen, es gebe keinen Eigenanteil, von daher müssten dort die Gremien (Kreistag, Magistrat) nicht beteiligt werden.

Die Verteilung der Mittel auf die Schulträger gehe rein nach Schüler/-innen-Zahl.

Das KM rechnet mit 50.000 Euro pro voller Stelle. In der Endausbaustufe bedeute dies 500 Stellen hessenweit. Die Hälfte des Geldes komme vom Land, die andere Hälfte sei ohnehin Geld aus dem kommunalen Finanzausgleich, das nur umverteilt werde. Von daher könnten die Schulträger auch frei über das Geld verfügen.

Auf die Frage des HPRLL, ob neben Faktoren wie der Ausbildung von LiV oder dem Ganztagsmodell der Schule auch die Arbeit mit den BFZ berücksichtigt sei, die einen enormen Verwaltungsaufwand mit sich bringe, weist das KM auf die detaillierten Informationen zur Zusammensetzung des Verwaltungsindex (Ganztag, Inklusion, Integration,…) hin. Dies werde auch in dem „Erklär-Film" deutlich.

Im Spannungsfeld

Im Spannungsfeld zwischen Lockdown-Maßnahmen und Sicherung des Kindeswohls sind sowohl die Arbeitssicherheit der Beschäftigten und deren Ressourcen, als auch die Gesundheit der Kinder und ihrer Angehörigen häufig zu wenig berücksichtigt worden.

Die Impfkampagne erreicht immer mehr Menschen. Die Priorisierung von Beschäftigten in der frühkindlichen Bildung und der sozialen Arbeit konnte auch durch gewerkschaftlichen Druck vorgezogen werden, hat aber längst nicht alle Arbeitsfelder gleichermaßen berücksichtigt.

Der Text „Für die Gleichbehandlung der Kolleg:innen in Bildung und Sozialer Arbeit" beleuchtet den dazugehörigen gesellschaftlichen Kontext und untersucht die möglichen Ursachen der Ungleichbehandlung. Verfasser Steve Kothe (Foto) arbeitet als Sozialpädagogischer Familienhelfer in Frankfurt. Er ist zudem Betriebsrat und Mitglied in der Fachgruppe sozialpädagogischer Berufe der GEW Hessen. Ein Interview mit ihm zu Arbeitsbedingungen während der Pandemie ist in der FLZ 3/2020 erschienen.

„Eine Notbremse die nicht bremst":
In den Kitas sind die Belegzahlen fast wie immer, ein Unterschied zwischen Normal- und Notbetrieb oft kaum feststellbar. Viele Teams sind nach über einem Jahr Pandemie, der Unsicherheit und der Arbeitsverdichtung am Rand ihrer Kräfte. Es bleibt vollkommen unverständlich, dass an den Orten, an denen zahlreiche Haushalte, vermittelt über die Kinder, zusammenkommen, nicht längst mit einer verbindlichen Teststrategie gearbeitet wird.

Dazu dokumentieren wir im Folgenden zwei Pressemitteilungen der GEW Hessen.

Für die Gleichbehandlung der Kolleg:innen in Bildung und Sozialer Arbeit

Seit einem Jahr massive Einschränkungen des öffentlichen Lebens, vor allem aber über 3 Millionen Infizierte und über 80.000 Tote aufgrund des Covid-19-Virus allein in Deutschland. Im Gesundheitswesen extrem belastete Kolleg:innen, die bereits vor der Pandemie oft am Rande der Erschöpfung gearbeitet haben. Und im Sozialwesen?

Es ist zu begrüßen, dass ein Großteil der Kolleg:innen im Bereich der Gesundheit und Bildung sowie einzelne Gruppen von Kolleg:innen im Bereich der Sozialen Arbeit entweder mittlerweile geimpft wurden oder zumindest sich registrieren durften, da sie zur Impfgruppe 2 gezählt werden. Kolleg:innen die beispielsweise in sogenannten Sammel- oder Obdachlosenunterkünften oder mit Jugendlichen arbeiten, die eine diagnostizierte Behinderung haben, wurden in Impfgruppe 2 eingestuft. Kolleg:innen der Sozialpädagogischen Familienhilfe, die Menschen unter zum Teil extremen Bedingungen betreuen, wurden aber lediglich in Impfgruppe 3 aufgeführt. Das ist nicht nachvollziehbar.

Es mag daran liegen, dass man bei Lehrer:innen und Erzieher:innen das einfach darüber geregelt hat, dass alle, die in einer Schule oder Kita arbeiten, mittlerweile in Impfgruppe 2 gestuft wurden, während man bei dem äußerst diversen Arbeitsfeld der Sozialarbeiter:innen dies lediglich getan hat, wenn sie in stationären Einrichtungen oder mit bestimmten Klienten-Gruppen arbeiten. Es scheint, dass vor allem die Gruppen aus dem Bildungs- und Sozialbereich in Impfgruppe 2 hochgestuft wurden, die in der Öffentlichkeit wahrnehmbar sind. Schulen und Kitas sind große Bereiche, mit denen viele etwas zu tun haben, weil sie entweder ein Kind haben oder gar selbst dort arbeiten. Die Diskussion darum, dass Schulen und Kitas so lange wie irgend möglich offen bleiben sollen, hat sicherlich dazu beigetragen, dass die dort Beschäftigten in Impfgruppe 2 eingestuft wurden.

Man könnte dies für einen Aprilscherz halten, wenn es einen nicht so sprachlos und wütend machen würde.

Mit der Begründung, dass nicht genug Impfstoff zur Verfügung stünde, hat man dies aber vielen Sozialarbeiter:innen verwehrt, obwohl sie zum Teil ihre Klienten während der ganzen Pandemie weiter betreut haben. Es drängt sich der Eindruck auf, dass das geschieht, weil sie mit Menschen arbeiten, die oft am Rande der Gesellschaft leben. Diese haben selten eine Lobby und so auch die Soziale Arbeit nicht. Da hilft es wenig, wenn zum Beispiel Kai Klose, der hessische Minister für Soziales und Integration in einem Brief an alle Beschäftigten der Kinder- und Jugendhilfe am 1. April 21, von der besonderen Bedeutung dieser Arbeit für die Gesellschaft gerade in Pandemiezeiten schreibt und zugesteht, dass in der Arbeit mit Menschen nun mal ein Infektionsrisiko bestehen bleibt, auch wenn entsprechende Hygienemaßnahmen ergriffen worden sind. Aufgrund der knappen Impfkapazitäten könnten aber nicht alle Kolleg:innen der Kinder- und Jugendhilfe in Impfgruppe 2 eingestuft werden, er spreche aber den Beschäftigten seine persönliche Anerkennung und Dank aus.

Man könnte dies für einen Aprilscherz halten, wenn es einen nicht so sprachlos und wütend machen würde.

Studien von Krankenkassen zeigen schließlich, dass der Bereich, neben dem Gesundheits- und Pflegebereich und dem der Schulen und Kitas, zu den mit dem höchsten Infektionsrisiko, bzw. den meisten Krankschreibungen im Zusammenhang mit Covid 19, gehört, wobei in der Regel nicht zwischen den Erzieher:innen, die in der Regel in Kitas arbeiten, und den Sozialarbeiter:innen mit ihren diversen Arbeitsfeldern unterschieden wurde und wo das doch getan wurde, nur ein leicht geringeres Risiko bei den Sozialarbeiter:innen festzustellen gewesen wäre.[1]

Eine Studie der FH Fulda zeigt zudem, dass die Belastung im Bereich der Sozialen Arbeit, die schon vor der Pandemie groß war, sich durch die Pandemie nochmal verstärkt hat. „Die Berufsgruppe der Sozialen Arbeit ist diejenige, die für die Bewältigung der Krise und deren sozialen Folgen eine Schlüsselrolle einnimmt.", betont der Studienleiter Professor Meyer und kommt zu dem alarmierenden Ergebnis: „Die Arbeitsbedingungen in der Sozialen Arbeit waren schon vor der Pandemie nicht optimal. Die Corona-Pandemie wirkt nun wie ein Brennglas."[2]

Dabei ist die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen oder Menschen, die Unterstützungsbedarf haben und in sozial prekären Verhältnissen leben, gerade durch die Pandemie noch notwendiger geworden, da ihre Situation oft noch prekärer und ihre psychische und physische Belastung größer und entsprechende Erkrankungen häufiger geworden sind. Dies zeigen auch erste Studien wie die sogenannte COPSY-Studie des Universitätsklinikums Eppendorf oder Befragungen der Universität Hildesheim.[3] Es sollte auch nicht vergessen werden, dass ärmere Menschen oft in prekären Arbeitsverhältnissen stehen und dort einem ungleich höherem Infektionsrisiko, u. a. aufgrund von unzureichenden Arbeitsschutzmaßnahmen, ausgesetzt sind. Sie verfügen über keine Lobby, die sich für sie einsetzt, so dass sowohl ein schnellerer Infektionsschutz als auch eine bessere finanzielle Unterstützung dieser Bevölkerungsgruppe zu fordern ist.[4]

De-Professionalisierung der Sozialen Arbeit auf Kosten der Schwächsten?

Es ist zu befürchten, dass diese Menschen durch die Auswirkungen der Pandemie noch weiter abgehängt werden und die Schere zwischen arm und reich, bildungsnah und bildungsfern noch weiter auseinandergeht und auch an der Unterstützung dieser Menschen, wie überhaupt im ganzen Gesundheits- und Sozialwesen weiter gespart wird. Durch sogenannte Reformen, wie der SGB VIII-Reform, wird, bspw. durch die Aufweichung des Fachkraftstatus, der Rahmen für eine weitere De-Professionalisierung der Sozialen Arbeit geschaffen, was wiederum am meisten die Schwächsten treffen wird. Hier gilt es allein zu fordern, dass weder Kürzungen stattfinden dürfen noch weiter von Schuldenbremsen schwadroniert werden soll. Der Bund und Kommunen haben die Möglichkeit sich durch entsprechenden Steuern das Geld von denen zu holen, die trotz oder wegen der Pandemie weiter Gewinne gemacht haben, zum Beispiel auch dadurch, dass durch Kurzarbeit das unternehmerische Risiko auf die Beschäftigten und den Staat verschoben wurde, obwohl weiter Gewinne gemacht wurden.

Für uns fordern wir: Alle Kolleg:innen in der Sozialen Arbeit sollen gleichgestellt werden; alle anderen Arbeitsschutzmaßnahmen, wie die ausreichende Ausstattung mit FFP2-Masken und regelmäßige Testungen, sind ebenfalls sofort umzusetzen und müssen regelmäßig überprüft werden. Kolleg:innen aus Risikogruppen sind weiterhin besonders zu schützen! Darüber hinaus erwarten wir eine deutliche Aufwertung in den Entgelttabellen im Sozial- und Erziehungsdienst des Tarifvertrages im öffentlichen Dienst, die zum Jahreswechsel verhandelt werden!

Wir haben einen höheren Lohn nicht nur aufgrund unseres Einsatzes in der Pandemie verdient, die Aufwertung dieser Berufsgruppen ist auch deshalb notwendig, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Dieser war schon vor der Pandemie groß, hat sich aber durch die Pandemie nochmal verschärft, da Kolleg:innen den Beruf wechseln oder zumindest verstärkt darüber nachdenken, da sie unter diesen Bedingungen und mit diesen geringen Löhnen nicht mehr länger arbeiten wollen. Dies wird sich auch negativ auf die Situation von zu betreuenden Kindern und Jugendlichen oder Menschen mit Unterstützungsbedarf auswirken.

Zudem stehen im nächsten Jahr wieder Betriebsratswahlen an. Wie wichtig es ist, im Betrieb einen Betriebsrat zu haben, der sich für die Arbeitnehmer:innen und ihren Gesundheitsschutz einsetzt, hat ebenfalls die Pandemie gezeigt. Also organisiert Euch in Betriebsgruppen, bereitet die Betriebsratswahlen und die Auseinandersetzung um die SuE-Tabellen vor!

---

1 https://www.bkk-dachverband.de/statistik/ein-jahr-corona-erzieherinnen-in-9-monaten-pandemie-an-der-spitze-der-krankschreibungen
https://www.aok-bv.de/presse/pressemitteilungen/2020/index_24186.html
https://www.tk.de/resource/blob/2095224/ca7f3e6793109ee9bfbaede-39e15517f/dossier--corona-2020-data.pdf

2 https://www.hs-fulda.de/presse/meldungsdetails/detail/arbeitsbedingungen-in-sozialen-berufen-verschlechtern-sich-weiter

3 https://www.bmbf.de/de/wie-belastet-die-corona-pandemie-kinder-und-jugendliche-psychisch-14071.html
https://www.aerzteblatt.de/archiv/214929/Coronapandemie-Psychische-Gesundheit-von-Kindern-verschlechtert
https://www.uke.de/kliniken-institute/kliniken/kinder-und-jugendpsychiatrie-psychotherapie-und-psychosomatik/forschung/arbeitsgruppen/child-public-health/forschung/copsy-studie.html
https://www.rki.de/DE/Content/Gesundheitsmonitoring/Gesundheitsberichterstattung/GBEDownloadsJ/Focus/JoHM_04_2020_Psychische_Auswirkungen_COVID-19.pdf?__blob=publicationFile
https://www.tagesschau.de/faktenfinder/corona-kinder-jugendliche-101.html

4 https://www.asu-arbeitsmedizin.com/wissenschaft/berufs-und-branchenbezogene-analyse-des-covid-19-risikos-deutschland
https://www.heise.de/tp/features/Erst-Corona-dann-die-Armut-5076493.html

Echte Notbetreuung für Kindertagesstätten!

Die sogenannte Bundesnotbremse, die letzte Woche verabschiedet wurde, formuliert für den Kita-Bereich sehr vage eine Notbetreuung ab einem Inzidenzwert von 165.

Die hessische Landesregierung habe die Umsetzung für den Kitabereich nun so angekündigt, dass man nicht von einer Notbetreuung sprechen könne, sondern mehr oder minder weiterhin im Normalbetrieb verbleibe, kritisiert Birgit Koch, Vorsitzende der GEW Hessen.

Anspruch auf die Notbetreuung in hessischen Kitas haben nämlich unter anderem alle Familien, bei denen beide Elternteile berufstätig sind. Eine Systemrelevanz der Berufe muss nicht vorliegen. „Damit werden die meisten Kitas absehbar weiter stark besucht und das Ziel der Kontaktminimierung wird verfehlt", stellt Birgit Koch fest.

Richtig hingegen findet Birgit Koch die anderen Kriterien für den Anspruch auf Notbetreuung für Alleinerziehende, wenn es um das Kindeswohl des Kindes geht sowie in Härtefällen.

„*Wir haben uns schon im Februar dafür eingesetzt, dass eine geregelte Notbetreuung für die Kinderbetreuung in Hessen eingerichtet werden muss. Schon damals haben wir uns dafür ausgesprochen, dass in systemrelevanten Berufen Tätige und Alleinerziehende Anspruch auf Notbetreuung erhalten sollen und dass Kriterien für das Kindeswohl einbezogen werden müssen*", erklärt Koch weiter.

Die GEW Hessen fordert die hessische Landesregierung auf, bei der Regelung zur Notbetreuung für die hessischen Kitas nachzusteuern.

„*Wir fanden es schon kritisch, dass für Schulen und Kitas höhere Inzidenzwerte als für andere Bereiche gelten sollten. Die jetzige hessische Regelung aber kommt einer Kapitulation gegenüber der Pandemie gleich. Denn natürlich können Kita-Kinder das Virus weiter geben, das wissen wir mittlerweile gesichert, damit sind auch die Familien betroffen. Mit einem echten Lockdown hat diese Regelung nichts zu tun*", so Birgit Koch.

Sie erneuert abschließend die Forderung der Gewerkschaft nach einer verbindlichen Testung von Kita-Kindern, um frühzeitig Infektionsketten unterbinden zu können.

Pressemitteilung vom 27. April 2021

Die Fachgruppe Sozialpädagogische Berufe

Corona-Testungen von Kindern in Kitas

In Hessen werden nach den Osterferien Schülerinnen und Schüler vor dem Besuch des Präsenzunterrichts zu Tests verpflichtet. Auch Pädagoginnen und Pädagogen in Schulen und Kitas sollen zweimal die Woche getestet werden. Die Testungen von Kita-Kindern werden hingegen ins Belieben der Kommunen gestellt.

Die GEW-Vorsitzende Birgit Koch merkt dazu an: „Es ist dringend angezeigt, die Testpflicht auch auf die Kita-Kinder auszuweiten, sowohl im Sinne des Gesundheitsschutzes der Kinder und deren Eltern, als auch der Beschäftigten." Das momentane Infektionsgeschehen gebiete es, die Kinder in den Kitas zweimal die Woche zu testen. Für Kinder seien kindgerechte Testmöglichkeiten bereitzustellen, es zeichne sich ab, dass Gurgel-, Spuck- und Lolly-Tests dafür geeignet seien.

Birgit Koch schlägt vor: „Die Tests sollten dabei Zuhause von den Eltern durchgeführt werden, ein negatives Testergebnis wird dann schriftlich bestätigt und dem Kitapersonal vorgelegt." Keinesfalls seien die Kitabeschäftigten selbst mit der Durchführung der Tests zu belasten: „Die Kolleginnen und Kollegen arbeiten schon lange am Limit. Die Pandemie hat die Arbeitsbedingungen in den Kitas drastisch verschärft. Der Arbeitsalltag ist durch die Umsetzung von Hygiene-Konzepten aufwändiger geworden, die Personaldecke ist dünn und die Angst vor Ansteckung bleibt trotz des Beginns der Impfungen bei den Beschäftigten groß", so Koch.

Um die Kindertagesstätten offen zu halten, müsse alles getan werden, die Kinder und Beschäftigten bestmöglich zu schützen, dazu gehöre eben auch die Kinder zu testen, so Birgit Koch abschließend, denn: „Ohne regelmäßiges Testen der Kinder fehlt ein wichtiges Instrument, um konkrete Infektionen unverzüglich zu erkennen und entsprechend zu handeln."

Pressemitteilung vom 14. April 2021

Personalratswahlen Kita Frankfurt

Die Personalratswahlen beim Eigenbetrieb Kita Frankfurt haben der „GEW-Offene Liste" ein mäßiges Ergebnis eingebracht. Bei niedriger Wahlbeteiligung schlägt im Vergleich zur vorherigen Wahl mit einem Stimmenanteil von rund 18 % ein kleiner prozentualer Verlust zu Buche. Auf der Habenseite steht dafür ein hochmotiviertes Listen-Team, das sich vorgenommen hat, mit kontinuierlicher Arbeit und großem Engagement die Interessen der Beschäftigten zu vertreten – und beim nächsten Mal besser abzuschneiden!

Bundesweite Petition zur Kampagne

An: Die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) und die zuständigen (Landes-)Minister*innen

Wir, Studentische Beschäftigte in Wissenschaft und Verwaltung, Beschäftigte des Akademischen Mittelbaus, Professor*innen und Unterstützer*innen fordern die zuständigen Minister*innen der Länder dazu auf, die Arbeitsbedingungen Studentischer Beschäftigter zu verbessern.

Dazu gehört, dass die Tarifgemeinschaft deutscher Länder endlich ihre Blockadehaltung gegenüber den Gewerkschaften ver.di und GEW bezüglich einer tariflichen Absicherung für studentische Beschäftigte aufgibt und den Weg für Verhandlungen frei macht. Fast alle Beschäftigten an deutschen Hochschulen fallen unter tarifvertragliche Regelungen und haben das Recht einen eigenen Personalrat zu wählen. Fast alle.

Für den überwiegenden Teil der knapp 400.000 Studierenden, die als Hilfskräfte und Tutor*innen an den Hochschulen beschäftigt sind, werden diese Mindeststandards der Arbeitnehmer*innenrechte nicht umgesetzt. Dies bedeutet konkret schlechtere Bezahlung, nicht realisierten Urlaubsanspruch und häufig keine Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Dazu kommen kurze Vertragslaufzeiten, die durch Aneinanderreihung von befristeten Verträgen für weitere existentielle Unsicherheit sorgen. Unsichere Arbeitsbedingungen sind damit die bittere Normalität für Studentische Beschäftigte.

Dabei handelt es sich bei Studentischen Beschäftigten inzwischen um eine tragende Säule des wissenschaftlichen Betriebs. Sei es bei der Unterstützung von Forschung und Lehre, durch lehrveranstaltungsbegleitende Unterstützungsangebote, durch Tätigkeiten in der Verwaltung und den Bibliotheken oder beim Korrigieren von Klausuren – so vielseitig die Tätigkeiten sind, so wichtig sind sie für das Funktionieren der Abläufe an den Hochschulen. Gerade während der Corona-Pandemie zeigt sich umso deutlicher, wie sehr der (digitale) Hochschulbetrieb auch von ihnen abhängt.

Kurz um: Wir Studentische Beschäftigte sorgen mit dafür, dass der Laden überhaupt läuft. Auch wir haben das Recht auf gute Arbeitsbedingungen und tarifliche Absicherung – ohne Ausnahme!

1. Mai 2021

Gemeinsam fordern wir daher die Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Dazu gehören:

- **Existenzsichernde Löhne! Her mit den Tarifverträgen für studentische Beschäftigte.**
- **Jährliche Lohnerhöhungen! Für die Anbindung an die Lohnsteigerung des Tarifvertrags der Länder**
- **Planbarkeit durch Mindestvertragslaufzeiten! Für das Ende von Kettenbefristungen.**
- **Einhaltung von Mindeststandards! Urlaubsanspruch und Lohnfortzahlung im Krankheitsfall müssen die Regel sein.**
- **Mitbestimmung auch für uns! Demokratische Teilhabe in Personalräten darf Studentische Beschäftigte nicht ausschließen.**
- **Keine Ausnahme! Für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen Studentischer Beschäftigter.**

Wer die Kampagne unterstützen möchte, schreibt bitte eine E-Mail mit seinen Angaben (Namen, Funktion und Stadt) an: mail@tvstud.de

Veröffentlichung April 2021

Bereits viele Unterzeichner

„Grünbuch" zum Thema Altern der EU-Kommission

Das Alter als zunehmende Last für die Gesellschaft?

Im Februar 2021 veröffentlichte die EU-Kommission ein „Grünbuch zum Thema Altern" mit dem prätentiösen Untertitel „Förderung von Solidarität und Verantwortung zwischen den Generationen".

Für den DGB-Bundesvorstand hat der Seniorenbeauftragte Kurt Beck einen umfangreichen Kommentar verfasst.

Dabei hat er einen Merksatz formuliert: *„Auch in diesem Grünbuch wird das Alter zunehmend als Last für die Gesellschaft definiert und nicht als positive Bereicherung"*.

Beck fordert eine „europäische Antidiskriminierungs-R*ichtlinie für ältere Menschen, die insbesondere die Benachteiligung und Diskriminierung bei Finanzdienstleistungen und Versicherungsleistungen verhindert*".

Es ist hier nicht der Ort/die Zeit, sein umfassendes Forderungspaket zu erörtern (gerne schicke ich seinen Kommentar euch per mail zu), aber seid versichert, dass er alle Aspekte des Lebens der älteren Menschen anspricht und dabei eine deutliche Sprache spricht. (Zum Beispiel sieht er in der zeitlichen Einschränkung bei den Seniorentickets im ÖPV eine Altersdiskriminierung).

Die Kritik an dem Teil des Grünbuches, das sich mit den Renten befasst, formuliert Kurt Beck so:

„Ältere Menschen haben ein hohes Interesse an einem funktionierenden Sozialstaat, in dem eine ausreichende und der Arbeitsleistung angemessene Altersversorgung, die ein ausreichendes und würdiges Leben im Alter gewährleistet, gesichert wird ... Dies ist eine öffentliche und eine gesellschaftliche Aufgabe, die nicht dadurch konterkariert werden darf, dass in diesem Grünbuch eine längere Erwerbstätigkeit älterer Menschen generell gefordert wird oder durch zusätzliche Arbeitsleistung als Selbstständige ergänzt werden soll. Dies lehnen wir ausdrücklich und entschieden ab" (S. 4)

Kurt Beck bezieht seine Kritik auf folgende Passagen des Grünbuchs:

■ *„Renten sind für die meisten Rentnerinnen und Rentner die wichtigste Einkommensquelle. Um sicherzustellen, dass sie angesichts der gestiegenen Lebenserwartung angemessen bleiben, müssen die Menschen in Zukunft länger arbeiten"* (S. 14 oben)

■ *„Ohne weitere Reformen dürfte eine höhere Zahl von Rentnerinnen und Rentnern und eine geringere Zahl von Menschen im erwerbsfähigen Alter jedoch dazu führen, dass die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen nur durch höhere Beitragssätze und niedrigere Rentenersatzquoten gewährleistet werden kann. Diese Entwicklungen können eine doppelte Belastung für die jüngeren Generationen bewirken und somit Fragen der Generationengerechtigkeit aufwerfen. Ein längeres Erwerbsleben ist eine wichtige Antwort darauf."* (S. 15)

■ *„Die Altersversorgungssysteme könnten die Verlängerung des Erwerbslebens unterstützen, indem sie das Renteneintrittsalter oder die Anforderungen an die berufliche Laufbahn, die Steigerungssätze oder die Leistungen automatisch anpassen, um der höheren Lebenserwartung Rechnung zu tragen. Die Begrenzung des Vorruhestands auf objektiv gerechtfertigte Fälle, die Einführung eines allgemeinen Rechts auf Arbeit über das Rentenalter hinaus und flexible Ruhestandsregelungen können dazu beitragen, die Altersversorgungssysteme sowohl angemessen als auch nachhaltig zu gestalten"*. (S.16)

■ *„Die Bürgerinnen und Bürger müssen auf den Status ihrer Altersversorgungs-ansprüche aufmerksam gemacht werden. Hochwertige, sichere und kostengünstige Zusatzrenten ... können zusätzliche Altersvorsorge bieten"* (S. 16)

BlackRock drängt auf die private Altersvorsorge; im Hintergrund die Deutschlandzentrale von BlackRock im Opernturm Frankfurt. Bild vom 1. Mai 2021

Am 20. April hat die „Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen" (mit ca. 120 Vereinen und Verbänden) ebenfalls ein umfangreiches Papier vorgelegt, in dem sie die EU dazu aufruft *„das Narrativ über das Altern zu ändern, das die Wahrnehmung des Alters als eine Zeitspanne verminderter Produktivität und Kapazität aufrechterhält"*.

Der „Offener Aufruf von COESPE (Spanien) und SENIORENAUFSTAND (Deutschland)" fokusiert auf den Plan der EU-Kommission zur Erhöhung der Lebensarbeitszeit bis über 70 Jahre und die behauptete Ausweglosigkeit kapitalgedeckter Rentensysteme und lehnt sie in deutlichen Worten ab und schlägt vor, gegen ihn länderübergreifend vorzugehen.

Kurz-Referat von Heiner Becker zu den Rentenplänen der EU-Kommission, für die Tagung der Personengruppe Seniorinnen und Senioren der GEW-Hessen am 11. Mai 2021

Die Personengruppe Seniorinnen und Senioren der GEW-Hessen hat beschlossen, die beigefügte Erklärung zu unterstützen und wird sie in der GEW und anderen Gewerkschaften bekannt machen.

Gedenken an die Befreiung vom Faschismus 1945

Darum muss der 8. Mai ein bundesweiter Feiertag werden

DGB und Gewerkschaften fordern, den 8. Mai zu einem bundesweiten Feiertag zu erklären. Vor 76 Jahren endete der Zweite Weltkrieg, Deutschland und Europa wurden vom Faschismus befreit. Der Tag erinnert an die Schrecken der Vergangenheit und mahnt vor Rassismus und Hetze in Gegenwart und Zukunft.

Der 8. Mai hat für uns Gewerkschaften aber auch als Tag der Demokratie besonderen Symbolwert und sollte deshalb angemessene Würdigung finden. Oder wie es die KZ-Überlebende Esther Bejarano am 26. Januar 2020 in ihrem „offenen Brief an die Regierenden und alle Menschen, die aus der Geschichte lernen wollen, formuliert hat: „Am 8. Mai wäre (…) Gelegenheit, über die großen Hoffnungen der Menschheit nachzudenken: Über Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit-Schwesterlichkeit."

Rechts: Bilder der Befreiungsfeier auf dem Römerberg; Schüler:innen im Gespräch mit Emil Mangelsdorff über seine Erinnerungen an diese Zeit.

Offener Aufruf von COESPE (Spanien) & SENIORENAUFSTAND (Deutschland) angesichts der Empfehlungen der EU-Kommission zur Privatisierung und Verschlechterung der Renten

Mitten in der Pandemie, die Europa und die Welt erfasst, hat die Europäische Kommission in Brüssel ein „Grünbuch zum Thema Altern“ vorgelegt. Bei der Lektüre wird klar, dass sich hier hinter schön klingenden Worten wie „Solidarität“ und „Verantwortung zwischen den Generationen“ ganz andere Ziele verbergen. Was schlägt die Europäische Kommission in Sachen Renten vor? Zwei Ziele stehen im Mittelpunkt dieses Dokuments der EU:

- **Erhöhung der Lebensarbeitszeit bis über 70 Jahre bei gleichzeitig sinkender Nettoersatzquote**
- **Stärkung privater, kapitalgedeckter Rentensysteme, zu Lasten der gesetzlichen Rentensysteme**

Wir müssen feststellen: Seit fast 30 Jahren werden uns in Europa die gleichen, alten neoliberalen Rezepte vorgestellt, die sich in der Formel „Privatisieren, länger arbeiten und geringere Renten beziehen“ zusammenfassen lassen. Jedes Jahr wächst der immense Druck auf die gesetzlichen, auf dem Umlageverfahren basierenden Rentensysteme. Welche Form das in jedem Land auch annimmt, das Ziel ist immer das gleiche: Die gesetzlichen Renten auf Almosenniveau zu senken (oder ganz abzuschaffen) und private, kapitalgedeckte Rentensysteme zu forcieren. In Wirklichkeit ist das der Druck der wirtschaftlich Mächtigen, der großen Versicherungsgesellschaften, der internationalen Konzerne und des Finanzkapitals wie BlackRock, die in den internationalen Institutionen Weltbank, IWF und EU ihre willfährige Lobby finden. Sie wollen Zugriff haben auf hunderte Milliarden an Sozialbeiträgen. Beiträge, die Teil unseres Lohnes sind.

In Dänemark z.B. soll das Regelrentenalter stufenweise auf 74 Jahre heraufgesetzt werden. Ähnliche Rufe werden in vielen Ländern laut. Soll das unser aller Zukunft sein, die Zukunft unserer Kinder und Enkel? Wir können und wollen diese Pläne und Vorgaben der EU nicht akzeptieren. Im Gegenteil, wir wollen in die entgegengesetzte Richtung gehen: In Spanien fordert die COESPE Rücknahme der letzten Rentenreformen und die Rückkehr von der Rente mit 67 zur Rente mit 65. Die gleichen Forderungen werden auch von den gewerkschaftlich organisierten ArbeitnehmerInnen der IG Metall und der Ver.di in Deutschland aufgestellt: Statt Rente mit 67 wieder Rente mit 65. In Frankreich und anderen Ländern gibt es ähnliche Forderungen. Wir lehnen daher die rückwärtsgerichteten Eckpunkte zur Rente im „Grünbuch“ der EU entschieden ab.

Wir können aus den Erfahrungen anderer Länder lernen

In Spanien ist der „Pakt von Toledo“ (Kommission aller im Parlament vertretenen Parteien) seit Jahrzehnten der Rahmen, in dem die zunehmenden Angriffe gegen die gesetzliche Rente ausgearbeitet werden. Z.B. die Rentenreformen von 2011 und 2013, deren Rücknahme die COESPE fordert. Ende 2020 hat dieser Pakt nun neue „Empfehlungen“ herausgegeben, in deren Zentrum die „Empfehlung 16“ steht: Einführung privater Renten, die kollektiv von den Gewerkschaften verhandelt werden sollen.

Aber welche Erfahrungen haben damit die KollegInnen z.B. in Deutschland gemacht? Die erste Offensive zur Einführung privater Rentensysteme war die im Rahmen der „Agenda 2010“ eingeführte Riester-Rente. Was ist die Bilanz 20 Jahre danach? Das Netto-Rentenniveau der gesetzlichen Rente wurde um 15% gesenkt! Und die Riester-Rente? Ein totales Desaster, die meisten der 16 Millionen Einzahler haben Geld verloren oder werden es verlieren, während die Versicherungskonzerne sich üppige Summen in die Tasche gesteckt haben. Und über 20% der Rentner leben im reichsten Land Europas unter der Armutsgrenze.

Wir lehnen die von der EU forcierten privaten Rentensysteme ab und engagieren uns in unseren Ländern für die Verteidigung und den Ausbau der gesetzlichen Rentensysteme. Wir in Deutschland sagen: Unsere Gewerkschaften gehören raus aus der unheiligen Allianz zur Privatisierung der Renten, das kann nur in eine Sackgasse führen. Wir brauchen unsere Gewerkschaften an unserer Seite, zur resoluten Verteidigung der gesetzlichen Rente. Genauso meinen wir von der COESPE in Spanien: die großen Gewerkschaften, CCOO und UGT, sollten die „Empfehlung 16“ des Paktes von Toledo zur Privatisierung der Renten ablehnen.

In Spanien und in Frankreich haben sich in den letzten Jahren Hunderttausende in Bewegung gesetzt, in Streiks und Demonstrationen, um das gesetzliche Rentensystem zu verteidigen. Das ist ein enormer Ansporn für uns alle in Europa. Gerade der große Streik zur Verteidigung der gesetzlichen Rente in Frankreich, Ende 2019/Anfang 2020, hat uns den Weg gezeigt: Stück für Stück wurde dieser Streik von unten aufgebaut. Auch die Gelbwesten, diese Revolte der prekärsten Schichten der ArbeitnehmerInnen, die wir alle mit Sympathien verfolgen, haben ihn unterstützt. Und durch die Mobilisierung Hunderttausender von unten, in den Betrieben und auf der Straße, wurden auch Gewerkschaften, die Abseits standen oder sich auf einen trügerischen sogenannten „sozialen Dialog“ einlassen wollten, mit in den Kampf gezogen.

Diese Erfahrungen sind für uns alle wertvoll, das ist unseres Erachtens der Weg: Von unten, und stets die Zusammenarbeit von uns ArbeitnehmerInnen im Ruhestand mit den im Beruf stehenden ArbeitnehmerInnen zu suchen. Das sind unsere besten Verbündeten, denn Renten sind indirekte, aufgeschobene Löhne, sie sind Teil unseres Lohnes.

Wir sind in großer Sorge um die Zukunft unserer Kinder und Enkel. Denn die Regierungen in Europa, haben über Jahrzehnte die öffentlichen Gesundheitssysteme privatisiert und kaputtgespart und tun das während der Pandemie weiterhin. Sie tragen daher für das jetzige Desaster Verantwortung. Und jetzt soll mit Instrumentalisierung der Pandemie und des unsäglichen Leidens, und mit aktiver Unterstützung der EU, eine neue Welle der Privatisierung und der Prekarisierung erfolgen. Das „Grünbuch“ zeigt das deutlich.

Alles steht zur Disposition: gesetzliche Renten, öffentliches Gesundheitswesen, tarifvertraglich geregelte Arbeitsverhältnisse, öffentliche Schulen und Universitäten.

Wir verfolgen mit Sympathie den Widerstand gerade der Jugend, die sich in den letzten Wochen, in Griechenland, in Spanien, in Frankreich und anderen Ländern, in Demonstrationen einen Weg gebahnt hat, gegen den Absturz ins Prekarität mit Hungerschlangen, gegen die „Home-Uni“ die einen Hörsaal nicht ersetzen kann. Dieser Widerstand bricht sich Bahn, trotz autoritärer Maßnahmen der Regierungen, die die Pandemie missbrauchen und mit Sondergesetzen etc. sozialen Widerstand unterbinden wollen. Die Jugend ist die Zukunft, wir sind an Ihrer Seite und teilen Ihre Wut. Wir sind gegen die Prekarisierung von Jung und Alt.

Wir engagieren uns, jeder in seinem Land, gegen die Rezepte des „Grünbuchs“ der EU und ähnlicher Pläne. Wir wenden uns an alle Bewegungen der Rentnerinnen und Rentner in unseren und in anderen Ländern, und schlagen vor, uns über diese zentralen Fragen auszutauschen, Wege des gemeinsamen Handelns zu suchen:

- **Für die Verteidigung und den starken Ausbau der gesetzlichen Rentensysteme, basierend auf dem Umlageverfahren und der Generationensolidarität!**
- **Ablehnung der Einführung von privaten Rentensystemen!**
- **Ablehnung jeglicher Verlängerung der Lebensarbeitszeit!**

COESPE (Spanien)
SENIORENAUFSTAND (Deutschland) im März 2021

Wer wir sind

COESPE (Spanien): Die COESPE ist die Koordination von etwa 300 lokalen Rentnerkomitees auf spanischer Ebene, die seit 2018 im ganzen Land existieren und jede Woche in Dutzenden von Städten Kundgebungen und Demonstrationen zur Verteidigung des gesetzlichen, umlagefinanzierten Rentensystems organisieren. Die COESPE ist völlig unabhängig von Parteien und von Regierungen. Das zentrale Motto lautet: „Wer auch immer regiert, die gesetzlichen Renten müssen verteidigt werden!“. Mit diesem Motto hat die COESPE bereits am 16. Oktober 2019 eine zentrale Demonstration vor dem Parlament in Madrid mit über 60.000 Teilnehmern ausgerichtet. Die Kampagne für eine unabhängige Prüfung der Konten der Rentenkasse stand in den letzten Monaten im Mittelpunkt der Aktivitäten der COESPE. Die COESPE fordert, daß alle zweckfremd eingesetzten Gelder (Experten sprechen von über 500 Milliarden), daß alle entwendeten Arbeitnehmerbeiträge, an die zentrale Rentenkasse zurückerstattet werden.

SENIORENAUFSTAND (Deutschland): Der „Seniorenaufstand“ ist ein offener Arbeitskreis von gewerkschaftlichen Seniorinnen und Senioren im norddeutschen Raum. Aus Flensburg bis Goslar und aus Berlin bis Bremen/Oldenburg treffen sich Mitglieder der Gewerkschaften ver.di, IG Metall, GEW, IG BAU, EVG und des DGB in einem Koordinierungskreis in Hamburg und auf örtlicher Ebene.

Politische Bildung in der Schule kann nur so gut sein

Für LehramtsstudentInnen, Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst, Seiten- und QuereinsteigerInnen, aber auch altgediente PoWi-Lehrkräfte liegt hier ein Lehrbuch mit jeder Menge Anregungen, Überlegungen, vielleicht auch Provokationen, jedenfalls aber Nachdenklichkeiten vor; für Ältere auch eine Gelegenheit zum Überprüfen der eigenen „Routine". Und das auf knapp 300 Seiten. Ein Buch, das sich die Angesprochenen auf keinen Fall entgehen lassen sollten.

Ein Lehrbuch über „sozialwissenschaftliche Bildung" brauchen doch nur StudentInnen und Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst und die dazu gehörenden AusbilderInnen. Alle anderen haben diese Phase doch bereits oder längst hinter sich und benötigen kein Lehrbuch mehr. Hinter sich? Nein: Nie vor sich gehabt. Wie das?

Weil sich Kultusministerien nicht immer um eine ausreichende Zahl von Nachwuchskräften für den Schuldienst kümmern, werden sie regelmäßig von einem Notstand an fachlich ausgebildeten Lehrkräften überrascht. In Hessen müssen zurzeit GymnasiallehrerInnen an Grundschulen aushelfen, die Beruflichen Schulen sind an den Notstand fast schon gewöhnt.

Die Folge ist die Zunahme von Seiten- und QuereinsteigerInnen mit mehr oder weniger knapper Einarbeitung.

Damit sind wir zunächst bei den Rahmenbedingungen politischer Bildung, die im Buch durchaus erörtert werden. Alles andere wäre purer Idealismus und würde nicht wirklich helfen.

„Bezeichnend ist in dieser Hinsicht bspw., dass an allgemeinbildenden Schulen kein Unterrichtsfach häufiger fachfremd unterrichtet wird als jenes, dessen Fächerbezeichnungen von ‚Politik und Wirtschaft' über ‚Sozialkunde' und ‚Gemeinschafskunde' bis hin zu ‚Gesellschaftslehre' reichen." (49) An Realschulen in Nordrhein-Westfalen 2018/19 unterrichten knapp 63 Prozent von Lehrkräften ohne entsprechende Facultas.

Sozial diskriminierend ist, dass der fachfremd erteilte Unterricht umso geringer ist, je höher eine Schulform in der Statushierarchie des Bildungssystems angesiedelt ist! (66)

Erschwerend kommt hinzu, dass die politische Bildung in den Stundentafeln an den Rand gedrängt wird: *„Auf gerade einmal 17 bis 20 Minuten beläuft sich die Lernzeit für politische Bildung pro Woche in der nordrheinwestfälischen Sekundarstufe I"* (49)

Die GEW hat übrigens auf ihrer Fachtagung 2016 dieses Problem unter Beteiligung des Autors Tim Engartner vehement angesprochen.

Der Widerspruch zwischen politischen Sonntagsreden zur Demokratie und der Realität an den Schulen könnte größer nicht sein. Es kommt aber schlimmer:

Denn das hi- erarchisch gespaltene Schulwesen reproduziert auch ein gespaltenes politisches Sachwissen: *„Bereits bei 14-jährigen Gymnasiastinnen und Gymnasiasten ist das politische Sachwissen signifikant höher als bei gleichaltrigen anderer Schulformen."* (65)

Die Folgen sind durchaus messbar: *„Bürgerschaftliches Engagement produziert …auf diese Weise gesellschaftliche Hierarchien und gesellschaftlichen Ausschluss."* (65) *„Im deutschen Schulsystem gelingt es demnach nicht, die herkunftsbedingten ungleichen politischen Bildungschancen zu kompensieren." (66)* Autorin und Autoren sprechen deshalb von *„institutioneller Diskriminierung"*. (67)

Solche Gedanken werden im Kapitel *„Soziale Ungleichheit und diskriminierende Strukturen in der sozialwissenschaftlichen Bildung"* entwickelt. Man sieht: Das Buch geht alle Lehrkräfte an.

Tatsächlich ist es eine wahre Fundgrube an Gedanken, Ideen, didaktischen und methodischen Anregungen, wissenschaftlichen Erkenntnissen und grundsätzlichen sowie aktuellen Problemaufrissen. Das hilft nicht nur beim politischen Unterricht, sondern auch bei der Stärkung der je eigenen pädagogischen Position.

Und gerade das brauchen auch Lehrkräfte, die schon länger unterrichten. Denn die heutigen politischen, sozialen und ökonomischen Verhältnisse werden ja nicht von Tag zu Tag übersichtlicher, im Gegenteil. Und die (un)social media tragen ihren Teil dazu bei.

Wer immer das Buch zur Hand nimmt und die ‚Schwellenangst' bei einem ‚Lehrbuch' hinter sich lässt, wird reich belohnt.

Es ist ein geflügeltes Wort, dass es wichtiger ist, die richtige Frage zu stellen als eine richtige Antwort zu geben. Von daher sind bspw. die zum Themenfeld „Globalisierung" vorgeschlagenen „bildungsrelevanten Fragen" (M 55 – 201) ein hilfreicher Einstieg in das Thema. Wie überhaupt die mit „M" bezeichneten Kästen – es gibt 70 davon – Material bereitstellen, das nicht nur für Eilige und überarbeitete Lehrkräfte die Themenfelder theoretisch wie praktisch erschließt. Zusätzlich werden die Kapitel durch knapp 400 Folien ergänzt, die passwortgeschützt über die Verlagswebsite abgerufen werden können.

Wie verschieden die Zugänge bspw. bei dem Thema „Globalisierung" sein können, zeigt das Beispiel der Fußball-Weltmeisterschaft in Katar:

„Die Identifikation der verschiedenen Globalisierungsdimensionen und -merkmale kann daher induktiv über die Analyse der Alltagswelt der Lernenden erfolgen, was einen lebensnahen und subjektorientierten Zugang zum Gegenstandsbereich und eine greifbare Auseinandersetzung mit dem vermeintlich abstrakten Globalisierungskonzept ermöglicht. So betrifft etwa die Frage, unter welchen Bedingungen asiatische Arbeitsmigrantinnen und -migranten auf den Baustellen Katars arbeiten, um die Stadien für die Fußballweltmeisterschaft 2022 zu errichten, nicht nur die sportinteressierte Weltöffentlichkeit. Und wenn sich bei Textilprodukten namhafter Hersteller und Modeketten die Herkunftsdeklaration ‚Made in Bangladesh' findet, wirft dies – spätestens im Nachgang einer entsprechenden Sensibilisierung – bei Lernenden Fragen danach auf, warum die Standortbedingungen in Asien eine so viel ‚günstigere' Fertigung erlauben." (198)

Tim Engartner, Reinhold Hedtke, Bettina Zurstrassen
Sozialwissenschaftliche Bildung.
Politik – Wirtschaft – Gesellschaft.
278 S., ISBN: 9783825253967, eISBN: 9783838553962

Bei all diesen Themenfeldern zeigt sich, um auf den Titel dieses Beitrags zu kommen, dass „das theoretische Wissen einer Lehrkraft doch überaus bedeutsam für den Lernerfolg der Schülerinnen und Schüler" ist. (195)

Wenn man das in Beziehung setzt zum postulierten *„Ideal des mündigen Menschen"* (12), dann stellt sich schon die Frage, ob Lehrkräfte selbst diesem Bild entsprechen:

„Darunter verstehen wir Menschen, die ihre Interessen auch gegen heteronome Strukturen verteidigen können, soziale Phänomene kritisch-reflexiv und differenziert beurteilen, ein tiefes Bewusstsein für kontroverse Alternativen entwickelt haben, die Veränderbarkeit sozialer Strukturen erkennen, politisch interventions- und konfliktfähig sind und zugleich in sozial verantwortungsvoller Weise handeln". (12f)

Das Arbeiten mit diesem Buch, in dem es vordergründig um die Schülerinnen und Schüler geht, lässt die Rolle der Pädagogin, des Pädagogen nicht unberührt.

„Mündigkeit schließt Kritikfähigkeit und Widerstandsfähigkeit gegen geltende Autorität und vorherrschende Verhältnisse ein." Das erfordert Mut, zumal diese Haltung von den „äußeren und inneren Abhängigkeiten und Hindernissen offener und subtiler Art" häufig untergraben wird. (27)

Wenn dies „in den Blick" genommen würde, wie postuliert – und zwar für SchülerInnen und Lehrkräfte – wäre für beide Seiten schon viel gewonnen. Der *„möglichst umfassende und reflexive Blick auf gesellschaftliche, politische und ökonomische Sachverhalte"* (73) ist also das A&O für die sozialwissenschaftliche Bildung.

Lehrkräfte, die das auch für sich gelten lassen, kommen dann nicht so schnell in die Gefahr, *„durch ihr Handeln dazu bei(zutragen), ungleiche Bildungs- und damit Lebenschancen zu reproduzieren."* (215)

Wie aktuell die Mündigkeitsdefinition von Adorno noch – oder gerade heute wieder – ist, zeigt die Zunahme rechtsnationalistischer Parteien mit Verbindungen bis hinein in faschistische Gruppierungen und die Rolle, die ein US-amerikanischer Präsident vier Jahre lang spielen konnte. *„Jede Debatte über Erziehungsideale ist nichtig und gleichgültig diesem einen gegenüber, daß Auschwitz sich nicht wiederhole"*, forderte Adorno. (48)

Das größte Problem politischer Bildung dürfte allerdings sein, ständig gegen eine strukturelle Vorprägung der Lernenden (aber auch der Lehrkräfte) angehen zu müssen, die unablässig mit Narrativen und medialer Steuerung auf die Gesellschaft einwirkt, was durch die Randständigkeit des Fachs (s.o.) noch verschärft wird.

Autorin und Autoren sehen das durchaus und diskutieren es gleich zu Beginn an dem Beispiel der *„Finanzbildung"* (M3 – 32) unter dem Titel: *„Anpassen oder Aufklären?"*, greifen es aber auch später immer wieder auf.

Die Steuerung der Gesellschaft bedient sich zunehmend der Wissenschaft(en), *„aber ebenso der Instrumentalisierung von Wissenschaft im Rahmen politischer Auseinandersetzungen.*

Der gesellschaftliche Orientierungsbedarf wächst, sodass sich Züge einer ‚Beratungsgesellschaft' zeigen. Zugleich entstehen wissenschaftlich informierte Formen der Steuerung der Gesellschaft." (76)

Dass dies dazu führt, dass Sozialwissenschaft *„in Widerspruch zum Zeitgeist des neuerlich liberalisierten Kapitalismus"* gerät, wie aus einem Zitat von Wolfgang Streeck hervorgeht (16), macht die Aufklärung nicht einfacher. Zumal durch die Ökonomisierung des allgemeinbildenden Schulwesens, u.a. mit *„deren monoparadigmatischer Vereinseitigung auf den Mainstream der Wirtschaftswissenschaften" und der „inhaltlichen Einwirkung mittels Unterrichtsmaterial"*, die kritische Reflexion weiter erschwert wird. (52f)

Im letzten Kapitel (*„Planung sozialwissenschaftlichen Unterrichts"*) wird dies noch einmal am Beispiel der „sozialen Marktwirtschaft" unter der bezeichnenden Überschrift *„Leerformel oder Leitprinzip?"* aufgegriffen: (228ff)

„Da die soziale Marktwirtschaft in Deutschland heute sowohl als eine schillernde wirtschaftspolitische Leitidee wie als Narrativ einer typisch deutschen Erfolgsgeschichte dient, eignet sie sich als Gegenstand von fächerübergreifendem Lernen, insbesondere mit dem Geschichtsunterricht. Sinnvoll ist gleichfalls die empirische Prüfung, welche Prinzipien politisch umgesetzt wurden und wie die wirtschaftliche und soziale Situation der Menschen in Deutsch-

wie die Lehrkraft selbst

land im internationalen Vergleich aussieht.“ (233)

Sich bei der Einlösung solcher Ansprüche angesichts der geschilderten prekären Realität nicht entmutigen zu lassen, verdiente eine etwas ausführlichere Erörterung. – Immerhin wird festgestellt:

„*Nicht zuletzt aufgrund der Tatsache, dass sozialwissenschaftliche Bildung in den meisten Bundesländern und Jahrgangsstufen der Sekundarstufe I nur mit einer Wochenstunde in der Stundentafel verankert ist, besteht eine der zentralen fachdidaktischen Aufgaben darin, für die Lernenden nachvollziehbare Strukturen des komplexen Gebildes aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft zu schaffen.*“ (61)

Dabei lässt das Buch die Leserinnen und Leser nicht allein.

Das dritte und vierte Kapitel liefern dafür eine Menge Hilfestellungen, Kapitel 3 unter dem Titel „Leitmotive“ und Kapitel 4 unter dem Titel „*Erkenntnis-, Lehr- und Lernmethoden*“. Allein dieses Methodenkapitel mit über 60 Seiten lässt fast keine Zugangsmöglichkeit für Unterricht aus und verschweigt nicht einmal, wie gefährlich Unterricht und die Methodenwahl sein kann, wenn es an die Mohammed-Karikaturen in einer dänischen Tageszeitung 2005 und an die Anschläge auf die Redaktion von ‚Charlie Hebdo‘ 2015 erinnert. (151)

Mit Grundüberlegungen zu „Konfliktorientierung“, „*Kontroversität*“, „*Ungleichheit*“, aber auch „*Ambivalenz*“ erhalten Leserinnen und Leser weitere Werkzeuge für den politischen Unterricht.

„*Konflikte werden nicht nur in der politischen Theorie, sondern auch in der politischen bzw. sozialwissenschaftlichen Bildung intensiv diskutiert, weil sie das Wesen des Politischen prägen.*“ (112)

Der Materialkasten M30 (Ablauf einer Konfliktanalyse) liefert auch hier wieder entscheidende Kategorien. (116)

Die Ausführungen zur Kontroversität referieren logischerweise den ‚Beutelsbacher Konsens‘, plädieren aber gleichzeitig dafür, „*daß auch die Lehrer/innen in politischen Fragen Stellung nehmen, ohne daß dadurch diese Fragen vorentschieden werden …*“ (121) „*Diese Waage zu halten*“, sei „*eine essenzielle Herausforderung*“ und wird im Buch umsichtig erörtert.

Alles in allem ein Lehrbuch für den politischen Unterricht auf der Höhe der Zeit und der Probleme.

Herbert Storn

PS: In der HLZ 4/2021 findet sich ein interessanter Buchauszug.

ZEHN GRÜNDE, WARUM DU DEINE SOCIAL MEDIA ACCOUNTS SOFORT LÖSCHEN MUSST

Kurz vor den Personalratswahlen im Mai meldete ein GEW-Kollege eine gehässige Attacke gegen die GEW auf einer „Lehrer-Plattform“. Vor der GEW wurde regelrecht gewarnt, eine Lehrerin bestätigte, dass sie da mal drin war, aber schleunigst ausgetreten ist, was sie jeder und jedem nur raten könne, der in eine solche Organisation geraten sei. Auslöser war eine angebliche GEW-Meldung zur Schulöffnung in Coronazeiten. Eine entsprechende Korrektur bzw. Gegendarstellung wurde zwar auf die Plattform aufgenommen. Aber das führte in der Folge nur zu weiteren anonymen Tiraden gegen die GEW, die sich in Windeseile verdoppelten und verdreifachten und schnell auf über 100 angewachsen waren. Einige aufrechte GEW-lerInnen versuchten dagegen zu halten – wie der nebenstehende farblich unterlegte –, blieben aber abgeschlagen in der Minderheit.

Das löste in der Folge auch im GEW Bezirksvorstand eine kleine Debatte aus, wie man sich auf solche Kampagnen in den social media einstellen solle. Die Meinungen werden sehr gemixt.

Deshalb wollte ich mal auf ein kleines Taschenbuch aufmerksam machen, das schon Anfang 2019 erschien: Jaron Lanier, ZEHN GRÜNDE, WARUM DU DEINE SOCIAL MEDIA ACCOUNTS SOFORT LÖSCHEN MUSST.

Darin beschreibt der bekannte IT-Fachmann und Autor mehrerer kritischer Bücher zu seinem eigenen Metier, dass er das Buch schon 2017 fertig hatte, „*als die skandalösen Enthüllungen über Cambridge Analytica quasi über Nacht eine spontane Grassroots-Bewegung von Menschen ins Leben riefen, die ihre Facebook-Accounts löschten.*“ (S-9) Und zieht das Fazit: „*Auszusteigen ist bis auf weiteres der einzige Weg, um herauszufinden, wodurch die grandiose Fehlkonstruktion Social Media ersetzt werden kann.*“ (S-10)

Dazu verwendet Lanier den Vergleich mit bleihaltigen Farben: „*Als man nicht länger bestreiten konnte, dass Blei gesundheitsschädlich ist, hat niemand gesagt, dass wir nun nie wieder unsere Häuser anstreichen sollten. Stattdessen wurden – nach genügend Druck auf die Industrie und entsprechender Gesetzgebung – bleifreie Farben der neue Standard.*“ (S-40)

Die zehn Gründe für den Ausstieg finden sich bereits im Inhaltsverzeichnis:

- Du verlierst deinen freien Willen
- Social Media ist BUMMER
- Social Media macht dich zum Arschloch
- Social Media untergräbt die Wahrheit
- Social Media macht das, was du sagst, bedeutungslos
- Social Media tötet dein Mitgefühl
- Social Media macht dich unglücklich
- Social Media fördert prekäre Arbeitsverhältnisse
- Social Media macht Politik unmöglich
- Social Media hasst deine Seele.

Den Kern des Problems versucht Lanier mit dem Akronym „BUMMER“ einzufangen: „***B**ehaviors of **U**sers **M**odified, and **M**ade into an **E**mpire for **R**ent*“ (S-43). BUMMER sei „eine Maschine mit sechs beweglichen Teilen“:

A Die Arschloch-Herrschaft
B Totale Überwachung
C Aufgezwungene Inhalte
D Verhaltensmodifikation
E Ein perverses Geschäftsmodell
F Fake People (S-44f)

Dazu eine Textpassage:

„*Das Problem ist nicht allein, dass wir als User in Online-Umgebungen gedrängt werden, die unsere schlechtesten Eigenschaften zum Vorschein bringen. Es ist auch nicht allein die Tatsache, dass sich so enorm viel Macht auf die wenigen Akteure verteilt, die die gigantischen Cloud-Netzwerke kontrollieren.*

Das Problem hat Schnittmengen mit all diesen Faktoren, aber selbst dieses Konglomerat definiert das Problem nicht genau.

Das Problem entsteht, wenn all die erwähnten Phänomene von einem Geschäftsmodell angetrieben werden, das darauf abzielt, Kunden zu finden, die bereit sind, dafür zu zahlen, das Verhalten anderer Menschen zu verändern. Früher, bei der altmodischen Form von Werbung, konnte man sehen, ob ein Produkt sich besser verkauft, nachdem eine Anzeige oder ein Werbespot geschaltet wurde. Heute hingegen messen Social Media-Konzerne, ob der Einzelne sein Verhalten geändert hat, und der Feed wird für jeden Anwender ständig optimiert, um dessen individuelles Verhalten zu verändern. Dein persönliches Verhalten ist zu einem Produkt gemacht geworden …

… aber es kommt noch einer dazu. Wie im ersten Kapitel erklärt wurde, verstärkt das von mir beschriebene System negative Emotionen stärker als positive. Das bedeutet, dass es der Gesellschaft effizienter schaden als es sie verbessern kann …“ (S-40f)

Mit Sicherheit ist das kleine Taschenbuch mit seinen 200 Seiten ein wertvoller Beitrag für digitale Zeiten.

Herbert Storn

Was hat die GEW Hessen jemals für uns getan?

„Und deshalb frage ich euch, was hat die GEW Hessen jemals für uns getan?“

„Äh, die haben mit anderen erstritten, dass es in Hessen keine Studiengebühren erhoben werden.“

„Ja, ok das schon“

„Und auch die Rückkehrmöglichkeit von G8 zu G9 an den Gymnasien.“

„Versteht sich ja von selbst, haben ja dann auch viele Schulen gemacht. Aber was bitte haben sie konkret für die Lehrkräfte getan?“

– „Seit 2009 bekommen viele befristet Beschäftigte die Sommerferien bezahlt.“

– „Sie haben auch viele dabei unterstützt, ein unbefristetes Beschäftigungsverhältnis zu bekommen.“

– „Und auch Lehrkräfte, die Probleme bei der Lebenszeitverbeamtung hatten.“

– „Seit 2017 müssen Lehrkräfte eine halbe Pflichtstunde weniger unterrichten. Nicht genug, aber ein Anfang.“

– „Und auch die sozialpädagogischen Fachkräfte an Schulen haben sie gut vertreten.“

– „Ach ja, und die Entlastungsstunde für Mentorinnen.“

– „Das Landesticket.“

– „Mehr Lehrkräfte! Seit Jahren weisen sie darauf hin, dass es bei dieser Politik einen Lehrkräftemangel geben wird. Jetzt ist der da“

– „Und da wo die meisten Lehrkräfte fehlen, kämpfen sie seit Jahren für A13 für Grundschullehrkräfte.“

– „Der Erlass zur Bezahlung von Mehrarbeit durch zusätzlich erteilten Distanzunterricht.
Nicht perfekt, aber immerhin eine Anerkennung, dass da Mehrarbeit entsteht.“

– „Sie fordern Luftfilter für die Klassenräume und kleinere Klassen.“

– „Die Personalräte an den Schulen werden auch von der GEW informiert und unterstützt.“

– „Die höhere Priorisierung von Lehrkräften bei der Impfangebotsreihenfolge.“

– „Also 2020 gab es eine groß angelegte Arbeitszeit- und Belastungsstudie, um zu verdeutlichen, wie es darum an den Schulen steht. Die wird seitdem bekannt gemacht und wird sicher langfristig zu weiteren Entlastungen führen“

„Na gut, aber was haben sie bitte außer diesen paar Dingen für Lehrkräfte gemacht?“

– „Die Tariferhöhungen! Da haben sie auch erreicht, dass die Ergebnisse seit 2016 wieder auf die Beamt*innen übertragen wird. Das waren beim letzten Tarifvertrag insgesamt über 8% mehr“

„Ruhe jetzt! Das wäre doch sowieso alles von alleine so gekommen.“

Genau das glaube ich übrigens nicht. Die Frage, was eigentlich die GEW macht, begleitet mich seit über 15 Jahren ehrenamtlicher GEWerkschaftsarbeit und ich würde es mal so sagen:
Verbesserungen sind nicht leicht zu erstreiten –
aber von allein kommt gar nichts. Und das schaffen nur Gewerkschaften gemeinsam mit ihren Mitgliedern.

Dies an alle, die schreiben, die GEW hätte noch nie etwas für Lehrkräfte geleistet.

Aus dem Netz
Lehrer und Gewerkschafter 25. April 2021 um 19:08

1. Mai 2021

wieder live !